



**Hochschule für öffentliche
Verwaltung und Finanzen
Ludwigsburg**
University of Applied Sciences

E-Partizipation – ein notwendiges Instrument der Bürgerbeteiligung?

Erfolgsfaktoren und Handlungsempfehlungen für E-Partizipationsplattformen
am Beispiel MeinLB.de der Stadt Ludwigsburg

Bachelorarbeit

zur Erlangung des Grades einer
Bachelor of Arts (B.A.)

im Studiengang gehobener Verwaltungsdienst – Public Management

vorgelegt von

Anna Degen

Studienjahr 2016 / 2017

Erstgutachter: Prof. Dr. Arne Pautsch
Zweitgutachter: Tom Michael M.A.

Vorwort

„Die Stadt [...] nämlich ist nicht die Angelegenheit der Städtebauer,
sondern der Städtebewohner.“

Max Frisch

Mit Hilfe von Bürgerbeteiligung soll den Städtebewohnern die Möglichkeit eröffnet werden, am städtischen Geschehen und der Weiterentwicklung ihrer Stadt teilzuhaben. Die folgende Arbeit stellt E-Partizipation als eine moderne und innovative Form der Bürgerbeteiligung vor und veranschaulicht am Beispiel MeinLB.de der Stadt Ludwigsburg, welche Schwierigkeiten und Herausforderungen für Beteiligungsplattformen bestehen und wie diese erfolgreich umgesetzt werden können.

Bedanken möchte ich mich bei Herrn Prof. Dr. Pautsch für die Unterstützung und Betreuung. Mein besonderer Dank gilt Herrn Michael, welcher mich bei der Findung meines Themas sowie während der gesamten Bearbeitungszeit meiner Bachelorarbeit stets ideenbringend und konstruktiv begleitet hat. Ich bedanke mich bei allen Interviewpartnern, die mich durch ihre Erfahrungen und Einblicke in ihre Tätigkeiten zu neuen Erkenntnissen und vielfältiger Information gebracht haben sowie bei allen weiteren Personen, die mich auf dem Weg zu meiner Bachelorarbeit unterstützt haben.

Aus Vereinfachungsgründen sowie zur besseren Lesbarkeit wurde in der vorliegenden Arbeit lediglich die männliche Form verwendet. Es sind immer beide Geschlechter gemeint.

Ludwigsburg, im September 2016

Anna Degen

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	II
Inhaltsverzeichnis	III
Abkürzungsverzeichnis	IV
Abbildungsverzeichnis	V
Anlagenverzeichnis.....	V
1 Einleitung.....	1
1.1 Relevanz für die kommunale Praxis	2
1.2 Ziele und Aufbau der Arbeit	3
2 Methodisches Vorgehen.....	4
2.1 Dokumentenanalyse	6
2.2 Die Experteninterviews	6
2.2.1 Der Interviewleitfaden	7
2.2.2 Vorbereitung und Durchführung der Interviews.....	9
2.3 Auswertung der Daten	10
3 E-Partizipation – eine besondere Form der Bürgerbeteiligung.....	11
3.1 Bürgerbeteiligung.....	12
3.1.1 Formen der Bürgerbeteiligung.....	15
3.1.2 Relevanz der Bürgerbeteiligung	17
3.1.3 Herausforderungen der Bürgerbeteiligung	20
3.2 E-Partizipation	21
3.2.1 Die deliberative Form der E-Partizipation.....	22
3.2.2 Merkmale der E-Partizipation	24
3.2.3 Herausforderungen und Grenzen der E-Partizipation	27

4 Die Beteiligungsplattform MeinLB.de.....	30
4.1 Idee und Ziele von MeinLB.de	31
4.2 Entwicklung von MeinLB.de.....	32
4.3 Aktuelle Situation von MeinLB.de	36
4.4 Herausforderungen und Schwierigkeiten	38
5 Erfolgsfaktoren und Handlungsempfehlungen	40
5.1 Erfolgsfaktoren für E-Partizipation	41
5.2 Handlungsempfehlungen für MeinLB.de.....	47
6 Ausblick	53
Literaturverzeichnis	56
Erklärung.....	61

Abkürzungsverzeichnis

BauGB	Baugesetzbuch, Fassung vom 23.09.2004, Stand 20.10.2015
Büro OBM	Stabstelle Büro Oberbürgermeister der Stadtverwaltung Ludwigsburg
Fachbereich 17	Fachbereich Bürgerschaftliches Engagement
GemO	Gemeindeordnung Baden-Württemberg, Fassung vom 24.07.2000, Stand 17.12.2015
KDRS RZRS	Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart, Rechenzentrum Region Stuttgart
KSIS	Kommunales Steuerungs- und Informationssystem
SEK	Stadtentwicklungskonzept

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Akzentverschiebung kommunaler Leitbilder	2
Abbildung 2: Methodik	5
Abbildung 3: Arten politischer Partizipation	13
Abbildung 4: Entwicklung von MeinLB.de	35
Abbildung 5: Negativkreislauf MeinLB.de	48

Anlagenverzeichnis

auf beigefügter CD

Anlage 1:	Interviewleitfaden externe Interviewpartner
Anlage 2:	Interviewleitfaden Verwaltungsmitarbeiter Ludwigsburg
Anlage 3:	Protokoll Experteninterview 1 mit Vera Kimmel
Anlage 4:	Protokoll Experteninterview 2 mit Prof. Dr. Angelika Vetter
Anlage 5:	Protokoll Experteninterview 3 mit Peter Fazekas und Tobias Großmann
Anlage 6:	Protokoll Experteninterview 4 mit Ines Beisenwenger
Anlage 7:	Protokoll Experteninterview 5 mit Dr. Jutta Breitschwerd
Anlage 8:	Protokoll Experteninterview 6 mit Janette Seiz und Jan Minges
Anlage 9:	Gesamtauswertung Experteninterviews
Anlage 10:	Endbericht Forschungsprojekt MeinLB.de
Anlage 11:	Konzept Weiterentwicklung MeinLB.de
Anlage 12:	Besucherstatistik MeinLB.de
Anlage 13:	Artikel aus Staatsanzeiger vom 22.07.2016

1 Einleitung

Aufgrund des Wertewandels der letzten Jahrzehnte hat sich unsere Gesellschaft stark verändert. Die Pflicht- und Akzeptanzwerte wie Treue, Selbstbeherrschung und Pflichtbewusstsein wurden seit den 1970er-Jahren abgelöst durch die Selbstentfaltungswerte wie Demokratie, Emanzipation und Gleichbehandlung.¹ Dies wird auch in Bezug auf die öffentliche Verwaltung deutlich. Als externe Konsequenz ist hier die Wandlung im Umgang mit den Bürgern zu nennen. Mit dem Wertewandel sind die Ansprüche der Bürger nach Information, Transparenz, Kommunikation und echter Mitbestimmung gestiegen. Heute wollen Bürger mitbestimmen und ihr Lebensumfeld, ihre Stadt, selbst mitgestalten.²

In diesem Zusammenhang hat der Dialog zwischen Verwaltung, Politik und Bürgern stark an Bedeutung gewonnen. Das rein hoheitliche Verwaltungsbild wurde abgelöst von dem Leitgedanken vieler Kommunen, sich zu einer verstärkt bürgerfreundlichen Kommune umstrukturieren zu wollen. Dies lässt sich an der Akzentverschiebung kommunaler Leitbilder erkennen. Zunächst war das kommunale Verständnis von dem Leitbild der Ordnungsgemeinde mit einer starken Neigung zur Bürokratie und Formalisierung auf Grundlage von rechtlichen Vorschriften geprägt. Mitte der 90er-Jahre entstand im Rahmen des New Public Management die Vorstellung der Dienstleistungsgemeinde, in welcher der Bürger als Kunde kommunaler Dienstleistungen verstanden wird. Da bei der Betrachtung einer Kommune die politische Komponente keinesfalls außer Acht gelassen werden darf, entwickelte sich zusätzlich das Leitbild der Bürgerkommune. Durch mehr Transparenz und Partizipation soll die kommunale Gesellschaft in Zusammenarbeit mit dem Bürger gesteuert werden.³

¹ Vgl. Müller, <https://www.bpb.de/politik/grundfragen/deutsche-verhaeltnisse-eine-sozialkunde/138454/werte-milieus-und-lebensstile-wertewandel> [02.04.2016]

² Vgl. Nanz/Fritzsche, 2012, S.9.

³ Vgl. KGSt, 2013, S.9 f.

Abbildung 1: Akzentverschiebung kommunaler Leitbilder



Quelle: modifiziert übernommen aus: KGSt, 2013, S.10.

Die verschiedenen Leitbilder existieren heute alle nebeneinander. Je nach Ausrichtung der jeweiligen Kommune sind sie unterschiedlich stark ausgeprägt. Festzuhalten ist jedoch, dass Bürgerbeteiligung heutzutage in der öffentlichen Verwaltung nicht mehr ignoriert werden kann und *„langfristig zu einem selbstverständlichen Teil des politischen Alltags werden [muss]“*⁴. Die Bedeutsamkeit von Bürgerbeteiligungsverfahren zeigt Baden-Württembergs bekanntes Beispiel „Stuttgart 21“. Durch dieses Bauprojekt wurde deutlich, welche Konsequenzen es nach sich ziehen kann, Bürger nicht frühzeitig in die Planungs- und Entscheidungsphase von Projekten der Verwaltung und Politik miteinzubeziehen.

1.1 Relevanz für die kommunale Praxis

Seit einigen Jahren gewinnt die digitale Kommunikation und vor allem Social Media in unserer Gesellschaft zunehmend an Bedeutung. Im Jahr 2015 nutzten 63,1 % aller über 14-Jährigen Deutschen täglich das Internet.⁵ Digitale Medien haben in unserer Gesellschaft eine nicht mehr wegzudenkende Rolle eingenommen. Aus diesem Grund ist auch die öffentliche Verwaltung angehalten, webgestützte Anwendungen anzubieten und sich im Hinblick auf neue Medien ständig weiterzuentwickeln. Nur so kann

⁴ ORBIT e.V., 2015, S. 6.

⁵ Vgl. ARD/ZDF-Onlinestudie, <http://www.ard-zdf-onlinestudie.de/index.php?id=530> [02.04.2016].

es die öffentliche Hand schaffen, im Vergleich mit Unternehmen der Privatwirtschaft attraktiv zu bleiben.

E-Government, das Anbieten von Servicedienstleistungen für den Bürger über das Internet, wird mittlerweile flächendeckend eingesetzt. Viele Kommunen nutzen auch Social Media Plattformen wie Facebook, um sich online zu präsentieren. Das Internet bietet zudem völlig neue Möglichkeiten der Kommunikation und Interaktion mit Bürgern. So hat sich eine neue Form der Bürgerbeteiligung entwickelt: Die E-Partizipation.

1.2 Ziele und Aufbau der Arbeit

Da E-Partizipation ein neues Instrument in der Thematik der Bürgerbeteiligung darstellt, gibt es noch wenige Standards oder Empfehlungen zur Durchführung dieser Beteiligungsform.⁶ Aufgrund dessen beschäftigt sich die folgende Arbeit mit einer Vorstellung von E-Partizipation sowie Erfolgsfaktoren hierfür. Ziel dieser Arbeit soll es sein, die Bedeutung von E-Partizipation zu analysieren und Erfolgsfaktoren sowie Handlungsempfehlungen darzustellen. Hierzu wurden folgende Forschungsfragen gestellt:

- Welchen Stellenwert nimmt E-Partizipation im Kontext der Bürgerbeteiligung ein?
- Wie werden E-Partizipationsverfahren erfolgreich umgesetzt?
- Wie kann die Beteiligungsplattform MeinLB.de optimiert werden?

Die Arbeit ist in fünf Kapitel untergliedert. Im Anschluss an dieses erste Kapitel wird die angewandte Methodik zur Beantwortung der Forschungsfragen in Kapitel 2 erläutert. Darauf folgend wird in Kapitel 3 auf die Bedeutung von Bürgerbeteiligung im Allgemeinen und ihre Relevanz eingegangen. Als eine besondere Form wird dem Leser die E-Partizipation mit ihren verschiedenen Ausprägungen vorgestellt. Merkmale und Vorteile

⁶ Vgl. Leonhard, 2013, S. 19.

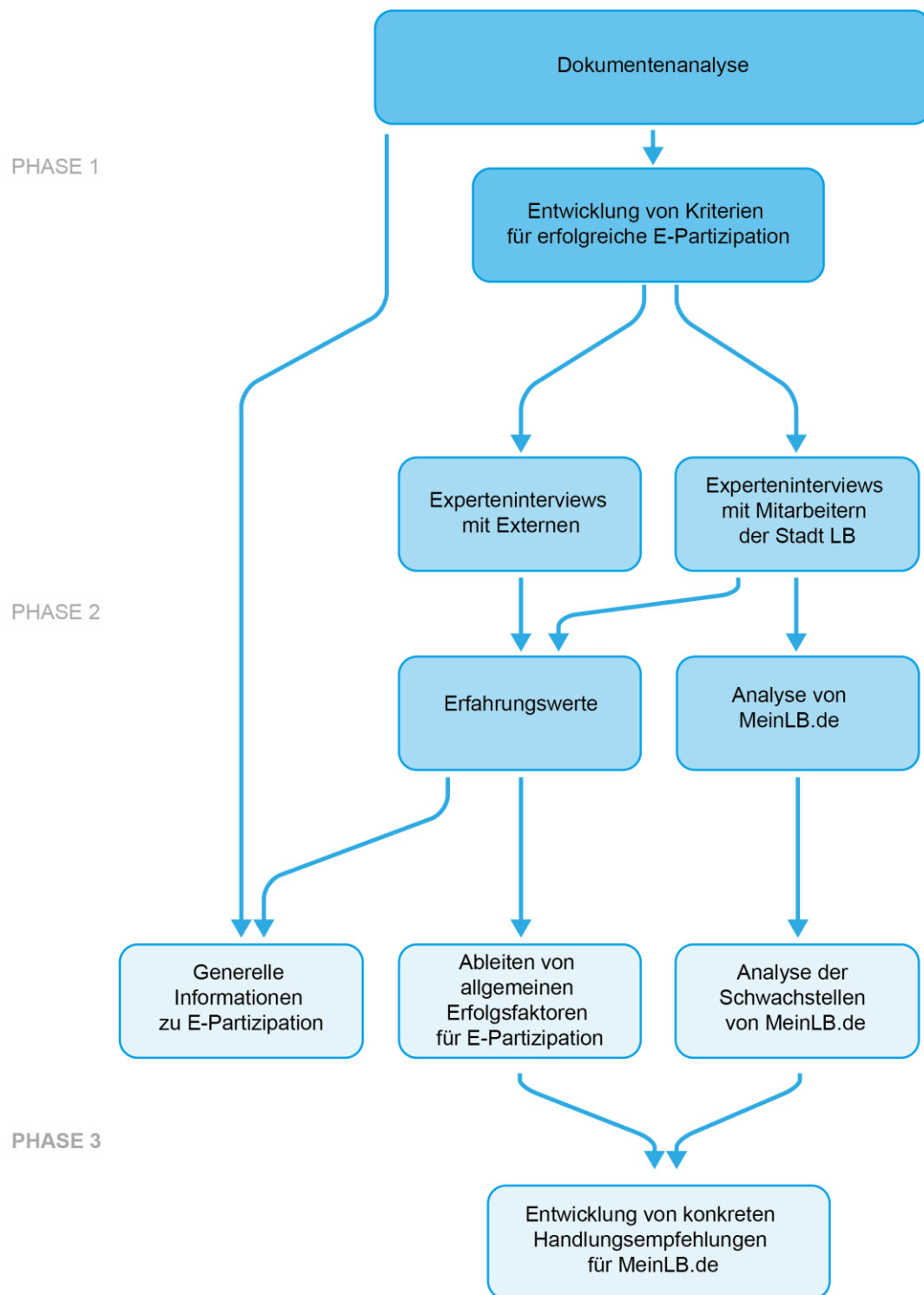
gegenüber analogen Beteiligungsformen sowie mögliche Grenzen und Herausforderungen stehen hierbei im Vordergrund. Den Kern der Arbeit bilden die Kapitel 4 und 5, welche der Analyse und Optimierung der Bürgerbeteiligungsplattform MeinLB.de der Stadt Ludwigsburg gewidmet sind. In einem ersten Schritt werden die Entstehung und bisherige Entwicklung vorgestellt, bevor die aktuelle Situation der Plattform untersucht wird. In Kapitel 5 werden allgemeine Handlungsempfehlungen für Partizipationsplattformen vorgestellt und konkrete Handlungsempfehlungen zur Optimierung von MeinLB.de beschrieben.

2 Methodisches Vorgehen

Die Triangulation der Methodik⁷ setzt sich aus der Dokumentenanalyse und der Durchführung von Experteninterviews zusammen. Da die Materie der E-Partizipation bei vielen Kommunen noch sehr unbekannt ist und oftmals eine nebensächliche Rolle spielt, gibt es aktuell verhältnismäßig wenig Fachliteratur. Deshalb wurden Experteninterviews durchgeführt, um die Lücken der Dokumentenanalyse zu schließen und die während der Dokumentenanalyse erarbeiteten Kriterien zu überprüfen. Gleichzeitig konnten Erfahrungswerte und Informationen über die Beteiligungsplattform MeinLB.de gesammelt werden. Angelehnt an die qualitative Inhaltsanalyse wurden die Interviews ausgewertet. Die gewonnenen Erkenntnisse dienten dazu, Erfolgsfaktoren für E-Partizipationsverfahren abzuleiten. In einem weiteren Schritt wurden konkrete Handlungsempfehlungen für die Weiterentwicklung von MeinLB.de erarbeitet. Nachfolgend werden die einzelnen Schritte näher erläutert.

⁷ Gläser/Laudel, 2010, S. 105.

Abbildung 2: Methodik



Quelle: eigene Darstellung

2.1 Dokumentenanalyse

Gegenstand der Dokumentenanalyse waren Fachbücher, Artikel aus Fachzeitschriften sowie Studien und Aufsätze. Eine konkrete Aufstellung der verwendeten Dokumente ist dem Literaturverzeichnis zu entnehmen. Ziel der Dokumentenanalyse war es, generelle Informationen über E-Partizipation zu erhalten sowie spezielle Merkmale, Vorteile und Risiken gegenüber herkömmlichen Formen der Bürgerbeteiligung zu analysieren. Daneben wurden in einem ersten Schritt Kriterien für erfolgreiche E-Partizipation zusammengetragen.

2.2 Die Experteninterviews

Um die Ergebnisse der Dokumentenanalyse zu ergänzen und die bereits entwickelten Kriterien zu überprüfen, wurden sechs Experteninterviews geführt. Die Gespräche dauerten zwischen 40 und 65 Minuten und wurden im Zeitraum vom 18. Juli 2016 – 05. August 2016 durchgeführt.

Als Experten werden Personen bezeichnet, die aufgrund ihrer Funktion oder Berufsrolle über Sonderwissen zu dem untersuchten Themengebiet verfügen.⁸ Für die Interviews wurden Personen ausgewählt, die bereits Erfahrungen im Umgang mit E-Partizipation sammeln konnten oder sich auf das Arbeiten mit Bürgerbeteiligung spezialisiert haben. Um möglichst viele Erkenntnisse und ein breites Spektrum an Meinungen zu gewinnen, wurden die Interviews mit Personen geführt, die unterschiedliche Sichtweisen auf das Thema Bürgerbeteiligung und Online-Partizipation haben.

Vom Rechenzentrum der Region Stuttgart (KDRS RZRS) wurde Vera Kimmel aus der Kommunalberatung, Projektteam Bürgerbeteiligung, befragt. Des Weiteren wurde Prof. Dr. Angelika Vetter von der Universität Stuttgart als Expertin ausgewählt. Sie betreibt im Institut für Sozialwissenschaften in der Abteilung für Politische Systeme und Politische Soziologie

⁸ Vgl. Kaiser, 2014, S. 36.

Beteiligungsforschung. Von der Landeshauptstadt Stuttgart wurde Janette Seiz gemeinsam mit Jan Minges interviewt. Janette Seiz ist Leiterin der Online-Redaktion (Abteilung Kommunikation) der Stadt Stuttgart. Jan Minges ist Mitarbeiter der Abteilung Online-Redaktion und betreut die Beteiligungsplattform Stuttgart-meine-Stadt.de.

Zusätzlich wurden Mitarbeiter der Stadtverwaltung Ludwigsburg interviewt, um detaillierte Informationen über den Hintergrund sowie den aktuellen Stand von MeinLB.de zu erhalten. Da die Plattform von mehreren Ämtern entwickelt und betreut wurde, wurden Interviewpartner aus unterschiedlichen Fachbereichen gewählt. So wurde gemeinsam mit Peter Fazekas und Tobias Großmann aus dem Referat Nachhaltige Stadtentwicklung, das vor allem an der anfänglichen Entwicklung von MeinLB.de mitwirkte, ein Gespräch geführt. Ines Beisenwenger, die mehrere Monate für MeinLB.de zuständig war, wurde ebenfalls zu ihren Erfahrungen befragt. Aktuell wird MeinLB.de extern betreut und moderiert, weshalb mit Dr. Jutta Breitschwerd vom Institut für kommunikatives Handeln ein Interview geführt wurde. Auf Grundlage dieser Gespräche wurden MeinLB.de sowie das Verbesserungspotential der Beteiligungsplattform analysiert.

2.2.1 Der Interviewleitfaden

Die Gespräche wurden in Form von halbstandardisierten, leitfadengestützten Experteninterviews durchgeführt. Hierbei diente ein Interviewleitfaden als Grundgerüst für das Gespräch. In einem solchen Leitfaden sind alle Fragen festgehalten. Diese können in beliebiger Reihenfolge gestellt werden, was dazu führt, dass spontan agiert werden kann und das Interview einer möglichst natürlichen Gesprächssituation gleicht. Zudem ist es möglich, Nachfragen zu angesprochenen Aspekten zu stellen. Der Inter-

viewpartner kann auf jede Frage individuell antworten, es gibt keine vorgegebenen Antwortmöglichkeiten.⁹

Da es für die Aufstellung eines Interviewleitfadens keine allgemeingültigen Regeln und Anleitungen gibt, wurden die Fragen aus dem Erkenntnisinteresse sowie den Forschungsfragen entwickelt.¹⁰ Zusätzlich wurden die zuvor recherchierten Hintergrundinformationen über die Experten als weitere Aspekte hinzugezogen. Der Leitfaden wurde mit offen gestellten Fragen ausgestattet, um ein möglichst freies Gespräch zwischen den Gesprächspartnern zu ermöglichen.

Das Interview gliederte sich in drei bzw. vier Abschnitte. Zu Beginn wurde mit wenigen Worten eingeleitet, indem noch einmal der Zweck und der geplante Ablauf des Gesprächs erläutert wurden. Darauf folgte der Hauptteil mit den entwickelten Fragen, welche dazu dienten, Informationen und Erfahrungen der Experten mit E-Partizipation zu erheben. Bei den Gesprächen mit den Verwaltungsmitarbeitern der Stadt Ludwigsburg wurde ein weiterer Abschnitt genutzt, um Hintergrundinformationen zu MeinLB.de zu erhalten. Abschließend wurde den Gesprächspartnern für ihre Teilnahme gedankt und die Möglichkeit gegeben, wichtige Aspekte zu ergänzen oder zu vervollständigen.

Der Interviewleitfaden wurde vor der ersten Anwendung auf die Verständlichkeit der Fragen hin geprüft. Den Gesprächspartnern wurde im Vorfeld der Interviews der Leitfaden bzw. eine Übersicht über die geplanten Gesprächsthemen zugesandt, um sich zur Vorbereitung mit dem Inhalt des Gesprächs auseinandersetzen zu können.

⁹ Vgl. Gläser/Laudel, 2010, S. 41 f.

¹⁰ Vgl. Gläser/Laudel, 2010, S. 115.

2.2.2 Vorbereitung und Durchführung der Interviews

Für die Kontaktaufnahme wurde das dreistufige Verfahren, wie bei Gläser und Laudel beschrieben, angewendet.¹¹ Die Experten wurden zunächst per E-Mail kontaktiert. Ein schriftlicher Erstkontakt verringert den Druck auf die potentiellen Interviewpartner, da sie sich zunächst gedanklich mit ihrer Teilnahme auseinandersetzen und eine Entscheidung treffen können. Statt eines Briefes wurde eine E-Mail für die erste Kontaktaufnahme gewählt. E-Partizipation entwickelte sich unter anderem aus dem Fortschritt und Wandel der Informations- und Kommunikationsmedien, weshalb vorausgesetzt werden kann, dass die potentiellen Interviewpartner moderne Kommunikationsmittel nutzen und schätzen. Somit wirkt eine Anfrage per E-Mail zeitgemäß und der Thematik entsprechend. Nach Gläser und Laudel sollte die erste Kontaktaufnahme mit den Experten vom Prinzip der informierten Einwilligung geleitet werden.¹² Die Interviewpartner wurden deshalb über die Ziele der Untersuchung, die Methodik sowie die Art und Weise ihrer gewünschten Mitwirkung informiert.

In einem zweiten Schritt wurde einige Tage später ein bereits in der E-Mail angekündigtes Telefonat mit den Experten geführt. Hierbei wurde sich nach der Bereitschaft der Experten zum Interview erkundigt. Außerdem wurden die Details für das Interview, wie die Dauer und ein Termin, vereinbart.

Als dritter Schritt erfolgte dann das Interview selbst. Die Interviews wurden vom Verfasser dieser Arbeit persönlich als sogenannte face-to-face-Interviews durchgeführt. Alternative Formen hierzu stellen Interviews per Telefon oder E-Mail dar. Allerdings haben diese beiden Varianten den Nachteil, dass ein großer Verlust an Information entsteht, da der Intervie-

¹¹ Vgl. Gläser/Laudel, 2010, S. 158 ff.

¹² Vgl. Gläser/Laudel, 2010, S. 159.

wer sich ausschließlich auf die akustische bzw. die schriftliche Information verlassen muss und zudem die Situation nicht beeinflussen kann.¹³

Von den Gesprächen wurden nach vorheriger Einwilligung der Gesprächspartner mittels eines Smartphones Tonaufnahmen gemacht. Diese Aufnahmen dienten zur Transkription der Interviews, welche in Form eines Gesprächsprotokolls erfolgte. Von einer vollständigen Transkription, die paraverbale Äußerungen, Stottern, Lachen und Pausen festhält, wurde abgesehen, da kein Interesse an emotionalen, sondern lediglich an inhaltlich-thematischen Aspekten des Materials bestand.¹⁴ Die Gesprächsprotokolle enthalten den Hauptteil der Interviews, welcher auf die inhaltlichen Fragen begrenzt ist, da weder einleitende Worte noch die Verabschiedung zielführend für die Auswertung der Gespräche sind. Ergänzende Informationen oder Unklarheiten, die während der Transkription auftraten, konnten per Telefonat oder E-Mail mit der interviewten Person geklärt werden.

2.3 Auswertung der Daten

Die in den Anlagen 3 bis 8 aufgeführten Protokolle galten als Grundlage für die Auswertung der Experteninterviews. Angelehnt an die qualitative Inhaltsanalyse erfolgte in einem ersten Schritt die Extraktion. Hierbei wurde das gesamte Textmaterial gesichtet und vor dem Hintergrund der Forschungsfragen nach relevanten und irrelevanten Informationen strukturiert. Als Analyseeinheit galt der Text pro Spiegelstrich. Um einen Spiegelstrich als Sinneinheit behandeln zu können, wurden während des Protokollierens Themenwechsel innerhalb einer Antwort durch einen neuen Spiegelstrich gekennzeichnet.

Auf die Extraktion folgte die Aufbereitung der Daten, indem alle relevanten Textabschnitte den Kategorien, die auf der Grundlage der Dokumentenanalyse entwickelt worden waren, zugeordnet wurden. Dabei war es

¹³ Vgl. Gläser/Laudel, 2010, S. 153 f.

¹⁴ Vgl. Gläser/Laudel, 2010, S. 193.

wichtig, das Prinzip der Offenheit zu berücksichtigen und das Entwickeln von neuen Kriterien zuzulassen.¹⁵ Gleichzeitig wurde das Material auf Gemeinsamkeiten und Unterschiede hin untersucht. Die Ergebnisse der Aufbereitung können in der Gesamtauswertung in Anlage 9 eingesehen werden. Die Informationen und Kriterien für erfolgreiche E-Partizipation wurden durch die Experteninterviews überprüft und ergänzt. Als letzter Schritt erfolgte die Interpretation der Daten sowie die Ableitung von Handlungsempfehlungen aus allen gewonnenen Ergebnissen.

Spezielle Informationen zur Beantwortung der dritten Forschungsfrage (Wie kann die Beteiligungsplattform MeinLB.de optimiert werden?) wurden vom übrigen Textmaterial isoliert untersucht. Anhand dieses Materials wurde eine Analyse der Plattform vorgenommen, deren Ergebnisse in Kapitel 4 ausgeführt sind.

3 E-Partizipation – eine besondere Form der Bürgerbeteiligung

Das Internet hat weltweit eine Monopolstellung unter den Massenkommunikationsmedien erlangt. Seine Reichweite übertrifft schon längst die der klassischen Medien.¹⁶ Über das World Wide Web können Menschen miteinander in Kontakt treten, Meinungen austauschen, direkt auf andere Nutzer reagieren und sich untereinander vernetzen. Das Web 2.0, welches auch als „Mitmach“-Netz bezeichnet wird, ermöglicht es, nicht nur Informationen aus dem Internet zu konsumieren, sondern selbst zu interagieren.¹⁷ Dadurch werden völlig neue Formen der politischen Mobilisierung möglich. Die öffentliche Verwaltung, insbesondere Kommunen, ist gefordert sich dieser Mobilisierung anzupassen und Änderungen bezüg-

¹⁵ Vgl. Kaiser, 2014, S. 99 f.

¹⁶ Vgl. Leonhard, 2013, S. 19.

¹⁷ Vgl. Eixelsberger/Stember, 2012, S. 4.

lich der Internetnutzung vorzunehmen.¹⁸ Eine wichtige Komponente stellt hierbei die Bürgerbeteiligung über das Internet dar.

Die sogenannte E-Partizipation bietet Bürgern die Möglichkeit, sich online zu Themen und Projekten der öffentlichen Hand zu äußern, über diese zu diskutieren und sich so an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Um die Thematik der E-Partizipation besser einordnen zu können, wird in diesem Kapitel zunächst auf Bürgerbeteiligung allgemein eingegangen. Hierbei werden verschiedene Formen der Bürgerbeteiligung vorgestellt, die steigende Relevanz und Herausforderungen erläutert, bevor E-Partizipation mit ihren verschiedenen Ausprägungen sowie ihren Merkmalen und Grenzen beleuchtet wird.

3.1 Bürgerbeteiligung

Wer sich mit dem Begriff „Bürgerbeteiligung“ auseinandersetzt, wird sich gleichzeitig mit dem Begriff „Partizipation“ beschäftigen müssen, denn die beiden Begriffe werden in der Literatur oftmals synonym verwendet. Partizipation leitet sich von dem lateinischen Adjektiv „particeps“ ab, das „beteiligt“ und „an etwas teilnehmend“ bedeutet.¹⁹ Unter Partizipation sind grundsätzlich alle Handlungen von Bürgern zu verstehen, die freiwillig erfolgen und das Ziel haben, politische Entscheidungen zu beeinflussen. Dies kann in ganz unterschiedlichen Formen und verschiedenen Methoden umgesetzt werden, wie z.B. Wahlen, Mitgliedschaft in politischen Parteien, direktdemokratische Entscheidungen, die Beteiligung an Mediationsverfahren, Bürgerforen, Bürgerinitiativen, Unterschriftensammlungen oder Protestaktivitäten.²⁰ Partizipation ist hierbei ein Oberbegriff, der alle Maßnahmen, Methoden und Initiativen zusammenfasst.²¹ Es lässt sich sagen, dass Bürgerbeteiligung eine Form der Partizipation darstellt. Auf

¹⁸ Vgl. Leonhard, 2013, S. 19.

¹⁹ Vgl. Walz u.a., 2011, S. 13.

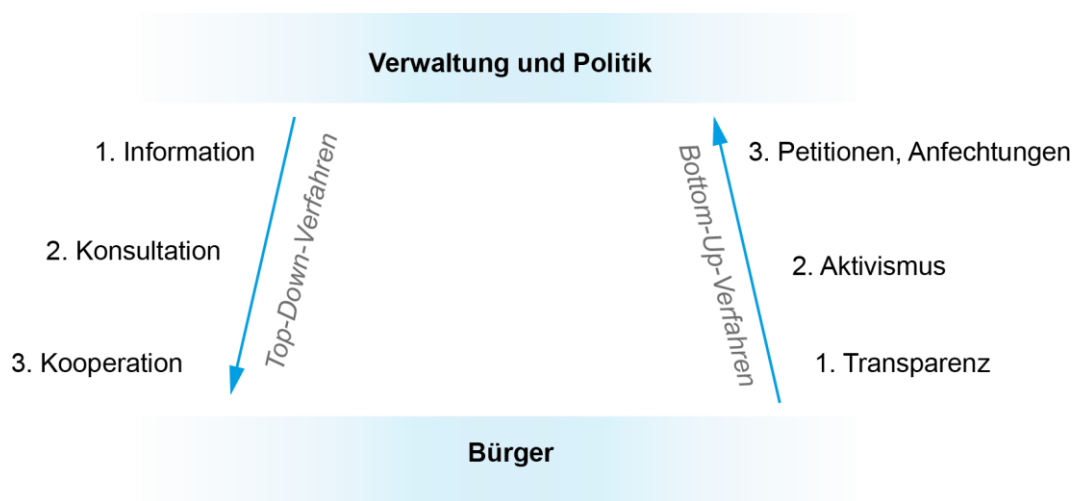
²⁰ Vetter, 2008, S. 10 f.

²¹ Vgl. Walz u.a., 2011, S.14.

eine genaue Unterscheidung der beiden Begriffe wird im Weiteren nicht eingegangen, da sie zu keinen wesentlichen Erkenntnissen führen würde.

Bürgerbeteiligung kann sowohl von Verwaltung und Politik, als sogenanntes Top-Down-Verfahren organisiert werden, aber auch durch Engagement einzelner Bürger oder zivilgesellschaftlicher Gruppierungen als Bottom-Up-Verfahren entstehen.²² Bei beiden Arten ist eine Differenzierung der Beteiligung in mehrere Intensitätsstufen möglich.²³

Abbildung 3: Arten politischer Partizipation



Quelle: modifiziert übernommen aus: Voss, 2014, S. 12

Wird die Beteiligung durch Bürgerschaftliches Engagement initiiert, so ist die erste Stufe der Beteiligung die Transparenz. Hierzu zählen alle Aktivitäten, die über Handlungen der Politik und Verwaltung informieren, um öffentliche Kontrolle sicherzustellen. Unter Aktivismus werden Maßnahmen verstanden, die von Bürgern oder Gruppen durchgeführt werden, um Unterstützung und Mitstreiter für Themen und Positionen zu finden. Petitionen, Eingaben und Anfechtungen dienen dazu, Beschwerden und Vorschläge an Politik und Verwaltung heranzutragen.²⁴

²² Vgl. Voss, 2014, S. 3.

²³ Vgl. Albrecht, 2010, S. 52.

²⁴ Vgl. ebd.

Bei der sogenannten Top-Down-Beteiligung findet zunächst Information statt. Das Veröffentlichen und Bereitstellen von ausreichend Informationen stellt eine Voraussetzung für Beteiligung dar.²⁵ Allerdings reicht diese Stufe allein nicht aus, um von Bürgerbeteiligung zu sprechen. Unter Konsultationen werden Beteiligungen verstanden, durch die Ideenreichtum und Expertise der Bürger in politische Entscheidungs- und Planungsprozesse miteinbezogen werden sollen. Die Bürger können bei Entscheidungen beraten und ihr Fachwissen zu der Thematik einbringen. Die intensivste Stufe der Beteiligung stellt die Kooperation dar. Hierunter wird ein enges, über einen längeren Zeitraum andauerndes Zusammenarbeiten zwischen Politik bzw. Verwaltung und der Bürgerschaft verstanden.²⁶ In den nachfolgenden Kapiteln werden vor allem Top-Down-Beteiligungsverfahren behandelt.

Bürgerbeteiligung wird mit dem Ziel durchgeführt, sich zunächst zu informieren, zu kommunizieren, mit anderen zu diskutieren, seine eigene Meinung und Interessen zu äußern und diese gegenüber Politik und Verwaltung anzubringen. Die Bürger sollen sich besser mit ihrer Kommune identifizieren können; ihnen soll die Chance gegeben werden, sich auch außerhalb der Parteiendemokratie einzubringen.²⁷ So soll eine *„aktive und aktivierende, solidarisch handelnde Kommune [entstehen], die sich selbst organisiert.“*²⁸ Mit Partizipation soll Transparenz von politischen Entscheidungen²⁹ und somit das Verständnis der Bürger gegenüber Politik und Verwaltung verbessert werden. Die Kommunikation zwischen den einzelnen Akteuren kann erleichtert werden. Partizipation gilt als Beitrag zur Demokratisierung³⁰ und kann dabei unterstützen, das Vertrauen in die Demokratie zu stärken. Allerdings müssen die Bürger hierfür politisch interessiert und zur Beteiligung bereit sein.

²⁵ Kubicek, 2014, S. 268.

²⁶ Vgl. Albrecht, 2010, S. 53.

²⁷ Vgl. König, 2011, S. 39.

²⁸ König, 2011, S. 40.

²⁹ Vgl. König, 2011, S. 37.

³⁰ Vgl. König, 2011, S. 42.

3.1.1 Formen der Bürgerbeteiligung

Die Top-Down-Bürgerbeteiligung kann grundsätzlich in zwei Gruppen unterschieden werden. Diese Gruppen differenzieren sich nach dem Grad der rechtlichen Formalisierung und der daraus resultierenden Verbindlichkeit der Ergebnisse.

Formelle Bürgerbeteiligung ist die Bezeichnung für Verfahren, die durch Rechtsgrundlagen vorgeschrieben sind. Im Gesetz ist festgelegt, dass Dritte an bestimmten Entscheidungsprozessen der Politik und Verwaltung beteiligt werden müssen. Zudem können bei formellen Beteiligungsverfahren weitere Eigenschaften, beispielsweise Fristen und das genaue Vorgehen, gesetzlich geregelt sein.³¹ Als Beispiel kann § 3 II BauGB angeführt werden. Hier sind neben der Verpflichtung zur Durchführung der Beteiligungsmethode unter anderem auch Fristen, Ablauf und Beteiligungsrechte geregelt. Zudem fällt jegliche Form von Wahlen unter die formelle Bürgerbeteiligung. Bei Wahlen ist das Ergebnis für politische Entscheidungsträger verbindlich und es ist ein eindeutiges System vorgegeben, nach welchem verfahren werden muss.³² So sind beispielsweise die Wahlgrundsätze der Bürgermeisterwahl in Baden-Württemberg unter § 45 GemO vorgeschrieben.

Dem gegenüber steht die informelle Bürgerbeteiligung. Informelle Beteiligung wird im Gegensatz zu den formellen Verfahren von den Kommunen freiwillig durchgeführt, es bestehen keine rechtlichen Grundlagen hierfür.³³ Somit gibt es auch keine vorgegebene Formalisierung, die eingehalten werden muss. Informelle Partizipationsverfahren können nach den Bedürfnissen und Anforderungen des jeweiligen Gegenstandes der Diskussion sowie der kommunalen Situation ausgestaltet werden. Oftmals werden von den Kommunen dialogorientierte Formen durchgeführt.

³¹ Vgl. Walz u.a., 2011, S. 23.

³² Vetter, 2008b, S. 50.

³³ Vgl. Schulze-Wolf, 2010, S. 62.

Informelle Verfahren haben keinerlei bindenden Charakter; der Gemeinderat ist letzte Entscheidungsinstanz. Themen, die sich für informelle Beteiligungsverfahren anbieten, sind beispielsweise Bauprojekte, die kommunale Haushaltsplanung oder die Verkehrsplanung.³⁴

Der Bürgerhaushalt

Als Beispiel eines informellen Beteiligungsverfahrens kann der sogenannte Bürgerhaushalt vorgestellt werden. Hierbei wird die Bürgerschaft an der Aufstellung des kommunalen Haushaltes beteiligt. In Deutschland haben die Bürgerhaushalte in den letzten Jahren große Resonanz gefunden. Auch die Landeshauptstadt Stuttgart führt seit mehreren Jahren unter Beteiligung einer großen Anzahl an Bürgern ihre Haushaltsplanaufstellung durch.³⁵

Meistens ist das Verfahren eines Bürgerhaushaltes durch die drei Phasen der Information, der Konsultation und der Rechenschaft gekennzeichnet. Zunächst wird den Bürgern umfassend Information über den Gesamthaushalt und die Teilhaushalte zur Verfügung gestellt, bevor sie ihre Anregungen und Vorschläge einbringen dürfen. Abschließend begründen die Vertreter der Lokalpolitik, welche Anregungen in die Haushaltsplanaufstellung aufgenommen wurden. Die einzelnen Ausgestaltungen und Instrumente, die zur Durchführung genutzt werden, sind hierbei variabel.

Da das Verfahren zur informellen Beteiligung gehört, liegt die endgültige Entscheidung über die Aufstellung der Finanzen beim jeweiligen Gemeinderat der Kommune. Die konsultative Funktion der Bürger steht demnach im Vordergrund.³⁶

³⁴ Vgl. Walz u.a., 2011, S. 25.

³⁵ Vgl. Bürgerhaushalt der Stadt Stuttgart, <https://www.buergerhaushalt-stuttgart.de/informieren> [08.09.2016].

³⁶ Vgl. Nanz/Fritsche, 2012, S. 45 f.

Die Zukunftskonferenz

Ein weiteres Verfahren informeller Beteiligung sind die Zukunftskonferenzen. Das Ziel einer Zukunftskonferenz ist es, Maßnahmen und Aktionspläne für künftige Vorhaben der Kommune zu entwickeln. Das Verfahren dient zur Bildung von langfristigen Zielen und Maßnahmen durch die Beteiligung verschiedener Interessensgruppen. Hierbei stehen nicht die Diskussion von Problemen und Differenzen im Mittelpunkt, sondern das Analysieren von Gemeinsamkeiten sowie die Betrachtung künftiger Entwicklungen. Oft werden Zukunftskonferenzen zur Neuorientierung von Kommunen durchgeführt.

Die Teilnehmer arbeiten in Kleingruppen an Lösungsvorschlägen. Zukunftskonferenzen dauern meist zwei oder drei Tage an, an denen verschiedene Phasen durchlaufen werden. Zunächst findet eine Reflexion der Vergangenheit statt, bevor eine Analyse der aktuellen Situation durchgeführt wird. Daraufhin werden Zukunftsentwürfe entwickelt und Gemeinsamkeiten herausgearbeitet. Abschließend erfolgt das Erstellen von Maßnahmenplänen.³⁷

3.1.2 Relevanz der Bürgerbeteiligung

Auch in Deutschland werden die Auswirkungen des demografischen Wandels spürbar. Demografischer Wandel bezeichnet die Veränderung der Alters- und Sozialstruktur einer Bevölkerung sowie der Einwohnerzahl im Zeitverlauf durch unterschiedliche Fertilität, Mortalität und Mobilität. Er wird durch Alterung, Schrumpfung, sinkende Geburtenraten, Kindermangel und Leerstandsprobleme charakterisiert.³⁸ Laut König ist seit 2002 ein sich beschleunigender Abwärtstrend in Bezug auf die Einwohnerzahlen Deutschlands bemerkbar.³⁹ Auch die Bevölkerungsvorausrechnung des

³⁷ Vgl. Vehrkamp/Hierlemann/Wohlfahrt, 2010, S. 38 f.

³⁸ Vgl. König, 2011, S. 33.

³⁹ Vgl. König, 2011, S. 152.

Statistischen Bundesamtes besagt, dass die Bevölkerungszahl Deutschlands von 80,8 Millionen (gemessen im Jahr 2013) auf 73,1 Millionen im Jahr 2060 (unter Annahme einer stärkeren Zuwanderung) gesunken sein wird.⁴⁰ Zudem werde es zu einer Überalterung der Gesellschaft kommen.⁴¹

Der demografische Wandel hat auch auf die kommunale Ebene Auswirkungen. Es entstehen Probleme mit der Infrastruktur und den Finanzen der Kommunen. Beispielsweise ist in Problemregionen die Auslastung der kommunalen Infrastruktur zu gering. Zudem führt eine überalternde und schrumpfende Bevölkerung dazu, dass die Kaufkraft stark abnimmt. Dies schwächt unternehmerische Tätigkeiten in den Kommunen und senkt somit die Gewerbesteuer, die meist eine der wichtigsten Einnahmequellen der Kommunen darstellt.⁴²

Die Einbeziehung der Bevölkerung in die städtische Weiterentwicklung ist ein erfolgversprechender Weg, um kommunale Probleme und Herausforderungen, die durch den demografischen Wandel entstehen, anzugehen und zu bewältigen. Durch Partizipation werden die Fähigkeiten und Kompetenzen der Bürger miteinbezogen und neue Ressourcen zur gemeinsamen Problemlösung genutzt.⁴³

Bürgerbeteiligung wurde in den letzten Jahren zunehmend bekannter. Sowohl auf EU-, Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene wird mehr Bürgerbeteiligung gefordert. Dies folgt unter anderem aus den demokratietheoretischen Aspekten der Bürgerbeteiligung. Die Beteiligung wird als demokratischer Wert angesehen. Sie schafft Legitimation und Vertrauen in politische Entscheidungen, in die Handelnden und das gesamte politische

⁴⁰ Vgl. Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes, <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/Bevoelkerungsvorausberechnung/Bevoelkerungsvorausberechnung.html> [11.09.2016]

⁴¹ Vgl. König, 2011, S. 169.

⁴² Vgl. König, 2011, S. 196 f.

⁴³ Vgl. König, 2011, S. 391 f.

System.⁴⁴ Diese Eigenschaft der Partizipation ist vor dem Hintergrund, dass in den letzten Jahren die Unzufriedenheit der Bürger am politischen System gestiegen und das Interesse an Politik gesunken ist, immens bedeutend. Die Unzufriedenheit und das Desinteresse der deutschen Bevölkerung an der Politik kann durch die Wahlbeteiligung verdeutlicht werden. Im Jahr 1998 beteiligten sich an der Bundestagswahl 82,2 % aller Wahlberechtigten, während die Wahlbeteiligung im Jahr 2009 auf 70,8 % gesunken war.⁴⁵

Wie bereits in Kapitel 1 beschrieben, hat sich unsere Gesellschaft durch den Wertewandel von einer hinnehmenden, akzeptierenden Gesellschaft zu einer selbstbestimmten „Mitmach-Gesellschaft“ entwickelt. Die Ansprüche der Bürger an die Regierung haben sich gewandelt.⁴⁶ Heute haben Bürger das Bedürfnis sich selbst zu verwirklichen und besonders bei kommunalen Entwicklungsprozessen, die ihr Lebensumfeld beeinflussen, mitzuwirken.⁴⁷ Die Bürger haben Ansprüche nach Information, Transparenz und echter Mitbestimmung. Werden diese Ansprüche ignoriert und Bürger vor allem bei Großprojekten nicht von vornherein in die Planung und Entscheidungen miteinbezogen, entsteht viel Potential für politische Konflikte. Bürger organisieren und vernetzen sich beispielsweise über die sozialen Medien und vertreten ihre Interessen selbstbewusst. Durch frühzeitige Information und Beteiligungsverfahren, können Konflikte entschärft sowie Akzeptanz und Verständnis bei den Bürgern gefördert werden.⁴⁸

Infolge dessen kommt der Einbeziehung von Bürgern, durch welche diese zu Teilhabern der Gesellschaft werden,⁴⁹ und der damit verbundenen Weiterentwicklung der Kommunen zu Bürgerkommunen große Bedeutung zu.

⁴⁴ Vgl. Vetter, 2008, S.9.

⁴⁵ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, <http://www.bpb.de/geschichte/deutsche-einheit/lange-wege-der-deutschen-einheit/47513/beteiligung-an-wahlen?p=all> [11.09.2016]

⁴⁶ Vgl. Vetter, 2008, S. 9.

⁴⁷ Vgl. König, 2011, S. 41.; vgl. Erler, 2012, S. 299.

⁴⁸ Vgl. Kolleck, 2015b, S. 9.

⁴⁹ König, 2011, S. 70.

3.1.3 Herausforderungen der Bürgerbeteiligung

Der demografische Wandel stellt Kommunen vor zunehmend komplexer werdende Herausforderungen. Trotz zunehmender Komplexität von Planungs- und Entscheidungsprozessen muss ein Weg gefunden werden, Bürger zu beteiligen. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund der aufgezeigten Relevanz der Beteiligung von immenser Bedeutung. So muss ein Weg zur Bereitstellung von komplexen Informationen gefunden werden, aber auch eine Art, langwierige Prozesse zu strukturieren und transparent darzustellen.⁵⁰

Eine Schwierigkeit, die oftmals als ungewollter Nebeneffekt von Beteiligungsverfahren auftritt, ist Frustration. Bürger, die an Beteiligungsprozessen teilnehmen, haben sowohl Interesse am Thema als auch eigene Interessen, die in die Beteiligung miteinfließen. Das Einbringen von Vorschlägen und Ideen durch die Bürger führt dazu, dass meist eine große Vielzahl an Anregungen gesammelt wird. Oftmals entsteht ein „Wunschcatalog“⁵¹, über dessen Umsetzung der Gemeinderat nach Abwägung der finanziellen und strategischen Aspekte entscheidet. Werden eingereichte Vorschläge abgelehnt und nicht umgesetzt, kann dies zu Unverständnis und Frustration bei den Teilnehmern führen.⁵² Die Herausforderung für die Verwaltung besteht darin, von Anfang an klar zu kommunizieren, dass den Bürgern eine konsultative Funktion zukommt und keine direkte Einflussnahme auf die politische Entscheidung das Ziel der Beteiligung ist.⁵³

Eine weitere Herausforderung besteht darin, Bürger zur Teilnahme an Beteiligungsverfahren zu motivieren und zu aktivieren. Diese Aufgabe wurde auch im Rahmen der ORBIT-Studie evaluiert.⁵⁴ Vor allem der Aspekt, andere Bevölkerungsgruppen zu erreichen, als die, die sich bisher beteiligen, rückt hierbei in den Vordergrund. Häufig nehmen lediglich Bürger der

⁵⁰ Vgl. Erler, 2012, S. 299 f.

⁵¹ König, 2011, S. 379.

⁵² Vgl. König, 2011, S. 379 f.

⁵³ Vgl. Kolleck, 2015a, S.19.

⁵⁴ Vgl. ORBIT e.V., 2015, S. 16.

sozialen Mittelschicht und gesellschaftlichen Eliten an partizipativen Prozessen teil. Es ist wichtig, auch Bevölkerungsschichten zu erreichen, die sich weniger in der Öffentlichkeit äußern, wie Migranten, Arbeitslose oder Sozialleistungsempfänger. Nur wenn alle Schichten an Entscheidungsprozessen teilhaben können, besteht Fairness und Gerechtigkeit. Dies ist für erfolgreiche Partizipation erforderlich.⁵⁵

Zudem sollte besonders versucht werden, Jugendliche und junge Erwachsene mit Partizipationsangeboten zu erreichen. König empfindet die Partizipation von Jugendlichen als erfolgsversprechend und auch Janette Seiz und Jan Minges betonten im Experteninterview, dass es ein Ziel der Bürgerbeteiligung sein sollte, die politische Beteiligung junger Bürger zu erreichen.⁵⁶

3.2 E-Partizipation

Das Wort E-Partizipation setzt sich aus den Worten „elektronisch“ und „Partizipation“ zusammen. In Kapitel 3.1 wurde der Begriff der Partizipation bereits behandelt. Mit dem Wort „elektronisch“ wird dieser durch den Aspekt der Informations- und Kommunikationstechnik ergänzt. Unter E-Partizipation werden demnach *„alle internetgestützten Verfahren, die Bürgerinnen und Bürgern eine aktive Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen ermöglichen“*,⁵⁷ verstanden.

Bei der Betrachtung von Online-Beteiligung ist jedoch die Unterscheidung zwischen E-Partizipation und E-Government zu beachten. E-Government beschreibt *„die elektronische Bereitstellung von Verwaltungsdiensten“*⁵⁸. Das Ziel ist es, öffentliche Dienstleistungen für die Bürger online zugänglich zu machen. Folglich soll die Benutzung von E-Government elektronischen Behördengängen gleichkommen. Der Servicegedanke, Bürgernähe

⁵⁵ Vgl. König, 2011, S. 76.

⁵⁶ Vgl. König, 2011, S. 85; vgl. Anlage 8, S. 1.

⁵⁷ Nanz/Fritzsche, 2012, S.88.

⁵⁸ Kolleck, 2015a, S. 19.

und Transparenz stehen hierbei im Vordergrund. Der Bürger wird im Zusammenhang mit E-Government als Kunde angesehen.⁵⁹ Als Beispiel für E-Government kann der Mängelmelder fixmystreet.com genannt werden, der in England entwickelt wurde und mittlerweile auch in deutschen Kommunen angewandt wird.

Demgegenüber wird der Bürger im Rahmen der E-Partizipation als „gleichwertige[r] [...] Partner bei der politischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung“⁶⁰ beschrieben. Bürger teilen online ihre Standpunkte mit, treten in Dialog mit anderen Teilnehmern, diskutieren über verschiedene Vorschläge und können dadurch politische Entscheidungen beeinflussen.

E-Partizipationsverfahren können sowohl auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene Anwendung finden. Diese Arbeit beschäftigt sich ausschließlich mit der Anwendung der Online-Partizipation auf kommunaler Ebene. Hierunter versteht man alle Aktivitäten, die Bürger mit Hilfe des Internets unternehmen, um ihre Stadt bzw. Gemeinde mitzugestalten und Einfluss auf die Entwicklung der Stadt zu nehmen.⁶¹

3.2.1 Die deliberative Form der E-Partizipation

Online-Beteiligung wird von der Verwaltung sowohl in Form von formellen als auch informellen Verfahren genutzt.⁶² Der weitgefasste Begriff der E-Partizipation vereint verschiedene Formen. So können hierunter Online-Abstimmungen oder –Umfragen verstanden werden. Auch das simple Angebot eines E-Mail-Formulars zur Stellungnahme fällt unter den Begriff.⁶³ Die größte Bedeutung wird jedoch den deliberativen oder auch konsultativen Formen der E-Partizipation zugesprochen. Manche Autoren gehen

⁵⁹ Vgl. Nanz/Fritsche, 2012, S.88.

⁶⁰ Ebd.

⁶¹ Vgl. Kirschen, 2014, S.8.

⁶² Vgl. Albrecht, 2010, S. 54.

⁶³ Vgl. Schulze-Wolf, 2010, S. 68.

sogar soweit, dass sie lediglich deliberative Formen als Bürgerbeteiligung ansehen und Abstimmungen oder Wahlen gänzlich aus ihren Betrachtungen herausfallen.⁶⁴

Deliberation leitet sich von dem lateinischen Verb „deliberare“ ab, was „beraten“ oder „abwägen“ bedeutet. Unter Deliberation versteht man die Beratschlagung und das Diskutieren eines bestimmten Themas. Sie ist Grundlage für Bürgerbeteiligung und demokratische Entscheidungsprozesse. Die deliberative E-Partizipation bezeichnet Online-Dialoge, bei denen sich Teilnehmende mit Hilfe von Plattformen informieren, austauschen, einbringen und verschiedene Sachverhalte diskutieren können.⁶⁵ Sie ist eine Form der informellen Beteiligung.

Im Gegensatz zu Wahlen, Volksentscheiden oder Meinungsabstimmungen sind deliberative E-Partizipationsverfahren qualitative Verfahren, bei denen Vorschläge und Ideen im Vordergrund stehen. Es handelt sich um konsultative Verfahren, bei denen der Bürger als konstruktiver Berater für Politik und Verwaltung fungieren soll.⁶⁶ Das Ziel ist es, ein „möglichst heterogenes Diskussions- und Argumentationsspektrum“⁶⁷ zu einem konkreten Fachthema zu erhalten. Die unterschiedlichen Meinungen der Teilnehmenden sollen dargestellt und gesammelt werden. Diese stellen den Output des Beteiligungsprozesses dar und werden im Idealfall in den politischen Planungs- und Entscheidungsprozess miteinbezogen.

Die deliberative E-Partizipation lässt sich in die Gruppen der anlassbezogenen und der freien Beteiligung untergliedern. Bei der anlassbezogenen Form steht ein konkretes Projekt im Mittelpunkt der Diskussionen. Meist sind dies aktuelle Themen der Stadt-, Haushalts- und Verkehrsplanung.⁶⁸ Ein Beispiel der anlassbezogenen Form stellen die in vielen Städten online praktizierten Bürgerhaushalte dar. Die Thematik der Beteiligung ist

⁶⁴ Vgl. Märker, 2015, S. 31 f.

⁶⁵ Vgl. Kirschen, 2014, S. 10 f.

⁶⁶ Vgl. Märker, 2015, S. 42.

⁶⁷ Märker, 2015, S. 37.

⁶⁸ Vgl. Kolleck, 2015a, S.19.

hierbei auf den kommunalen Haushalt festgelegt. Auch über die Beteiligungsplattform Stuttgart-meine-Stadt.de wird anlassbezogene Bürgerbeteiligung durchgeführt. Die Plattform wurde von der Stadt Stuttgart im Jahr 2015 initiiert. Über sie sollen alle Beteiligungsprojekte der Stadt Stuttgart kommuniziert werden, an denen sich Bürger teilweise online, teilweise auch bei Offline-Veranstaltungen beteiligen können.⁶⁹

Dem gegenüber steht die anlassfreie Beteiligung, die auch als „*thematische Dialoge*“⁷⁰ bezeichnet werden kann. Die thematischen Dialoge lassen sich zu allen möglichen Themen der Stadtgesellschaft durchführen, beispielsweise Integration von Flüchtlingen oder den Ausbau von Grünflächen in der Stadt. Hierbei stehen die ergebnisoffene Diskussion sowie der Austausch zwischen den Teilnehmern im Mittelpunkt.⁷¹

Die weiteren Kapitel beziehen sich vor allem auf die deliberative Form der E-Partizipation.

3.2.2 Merkmale der E-Partizipation

Das wohl offensichtlichste Merkmal der E-Partizipation ist die zeitliche und räumliche Unabhängigkeit der Nutzung. Die Teilnehmer sind an keine Vor-Ort-Termine gebunden, sondern können von zuhause oder bei Smartphone-Nutzung auch von unterwegs die Plattform nutzen und sich beteiligen. Die Teilnahme ist dadurch im Vergleich zu Präsenzveranstaltungen niedrigschwellig.⁷²

Durch diesen niedrigschwelligen Zugang kann eine Zielgruppenerweiterung erreicht werden. Vor allem für Personen, die aufgrund Zeitmangels nicht an Präsenzterminen teilnehmen können, ist die Möglichkeit der zeitlich und räumlich unabhängigen Beteiligung ansprechend. Für jüngere

⁶⁹ Vgl. Anlage 8, S. 2f.

⁷⁰ Koleček, 2015a, S. 19.

⁷¹ Vgl. ebd.

⁷² Vgl. Nanz/Fritzsche, 2012, S. 89.; vgl. Anlage 9, S. 1.

Bevölkerungsschichten, wie z.B. Jugendliche, soll die Online-Beteiligung aufgrund des Mediums anziehend wirken. Nanz und Fritsche führen aus, dass die jüngeren Bevölkerungsschichten mit E-Partizipation besser erreicht werden können als mit analogen Formen der Bürgerbeteiligung. Dies läge daran, dass jüngere Generationen internetaffiner sind, da sie mit dem Medium bereits aufwachsen.⁷³

Allerdings kann eine starke Internetnutzung durch Jugendliche nicht in einem kausalen Zusammenhang mit einer vermehrten Teilnahme an E-Partizipationsangeboten durch junge Menschen gesehen werden.⁷⁴ Die häufigste Internetnutzung der 14- bis 29-Jährigen im Jahr 2015 bezog sich beispielsweise mit 86 % auf Videos, während die Teilnahme an Internetforen lediglich bei etwa 22 % lag.⁷⁵

Die öffentliche Verwaltung erhofft sich durch den Einsatz der Online-Beteiligung neue Zielgruppen leichter erschließen zu können.⁷⁶ Ob dieses Ziel erreicht werden kann, ist oftmals nur schwer nachprüfbar, da bei den meisten Beteiligungsplattformen nur wenige bis gar keine personenbezogene Daten angegeben werden müssen und so eine Analyse beispielsweise nach Altersgruppen nicht möglich ist.

Dadurch dass die Bürger bei der Erstellung eines Benutzerkontos meist nur wenige persönliche Daten angeben, wird bei Online-Beteiligung Anonymität der Teilnehmenden gewahrt. Teilweise können auch Pseudonyme genutzt werden, mit denen Teilnehmende auf der Plattform auftreten.⁷⁷ Somit wird der Gruppendruck, der bei Präsenzveranstaltungen bestehen kann, verringert. Die Bürger können unbefangener auftreten und die Wahrscheinlichkeit steigt, dass sich schüchterne und zurückhaltende Per-

⁷³ Vgl. Nanz/Fritsche, 2012, S.90.

⁷⁴ Vgl. Anlage 6, S. 3 f.

⁷⁵ Vgl. ARD/ZDF-Onlinestudie, <http://www.ard-zdf-onlinestudie.de/index.php?id=531> [07.09.2016].

⁷⁶ Vgl. Anlage 9, S. 1.

⁷⁷ Vgl. Registrierung bei Stuttgart-meine-Stadt.de, <https://www.stuttgart-meine-stadt.de/> [07.09.2016]

sonen äußern, wodurch die Heterogenität der Beiträge gefördert wird.⁷⁸ Das reine Argument steht hierbei isoliert von der vortragenden Person im Vordergrund. Die visuelle, nicht textbasierte Kommunikation bleibt aus, was sich sowohl als Chance als auch als Hemmnis erweisen kann.⁷⁹

Im Gegensatz zu Präsenzveranstaltungen muss von den Teilnehmern der E-Partizipation auf einen Beitrag nicht unmittelbar reagiert werden. Bei der Online-Beteiligung ist es möglich, zunächst abzuwägen, sich selbst zu reflektieren und erst nach einigen Stunden oder Tagen einen Kommentar zu verfassen. Diese längere Reaktionszeit kann zu einer Verbesserung der Qualität der Beteiligung sowie Beiträgen von hohem Niveau führen.⁸⁰

E-Partizipation bietet zusätzlich die Möglichkeit, die Transparenz von Planungs- und Entscheidungsprozessen zu erhöhen. Über das Internet können multimediale Informationen verknüpft und für den Bürger bereitgestellt werden.⁸¹ Dies stellt auch einen enormen Vorteil dar, wenn große Mengen an Kartenmaterial oder Ähnlichem für die Bürger zur Verfügung gestellt werden müssen. Zudem sind alle Beiträge öffentlich einsehbar und einzelne Beteiligungsabschnitte können leicht und übersichtlich dargestellt werden. Insgesamt bietet dies die Möglichkeit, die Argumentation nachvollziehbarer, strukturierter, transparenter und eindeutiger darzulegen.⁸²

Mittels Beteiligungsplattformen wird es möglich, dass viele Teilnehmer untereinander kommunizieren (many-to-many-Kommunikation).⁸³ Dies ist bei Präsenzveranstaltungen nur selten der Fall, da die Beiträge abwechselnd erfolgen und es aufgrund der zeitlichen Begrenzung vorkommen kann, dass einige Beiträge nicht mehr gehört werden können.

Von vielen Befürwortern der Online-Beteiligung wird diese als eine kostengünstige Beteiligungsform beschrieben. Hierfür spricht, dass die Hard-

⁷⁸ Vgl. Kirschen, 2014, S. 15.

⁷⁹ Vgl. Nanz/Fritsche, 2012, S. 90.

⁸⁰ Vgl. Nanz/Fritsche, 2012, S. 89 f.; vgl. Anlage 9, S. 1.

⁸¹ Vgl. Kolleck, 2015a, S. 18.

⁸² Vgl. Anlage 9, S. 2.

⁸³ Vgl. Kolleck, 2015b, S. 9.

ware meist vorhanden ist und die Kosten für Räumlichkeiten und Verpflegung, die bei Präsenzveranstaltungen bestehen, entfallen. Allerdings ist die Etablierung und Betreuung von E-Partizipationsverfahren äußerst ressourcenintensiv. Es muss ausreichend Personal für die Konzeption, die Moderation und die Öffentlichkeitsarbeit bereitgestellt werden.⁸⁴ Oftmals fehlen der Verwaltung die Ressourcen und die nötigen Kenntnisse, E-Partizipation umzusetzen.⁸⁵

3.2.3 Herausforderungen und Grenzen der E-Partizipation

Da einige Bevölkerungsgruppen nur sehr schwer mit Online-Beteiligung erreicht werden können, stellt sich im Rahmen der E-Partizipation die Frage nach der Repräsentativität. Es besteht eine sehr geringe Einflussmöglichkeit der Verwaltung darauf, welche und wie viele Personen an E-Partizipationsverfahren teilnehmen. Dadurch entstehen Segmentierungen nach Alter, sozialer Schicht und Migration.⁸⁶ Die soziale Selektivität wird vor allem damit begründet, dass trotz des niedrighschwelligen Zugangs mit Online-Beteiligung nicht alle Bevölkerungsschichten erreicht werden können.⁸⁷ Meist beteiligen sich bei Online-Verfahren lediglich Personen, die sich ohnehin bereits politisch engagieren. Die politische Aktivität über das Internet einzelner Bürger hängt von mehreren Faktoren wie Zeit, Geld und verbalen Fähigkeiten ab, aber auch technische und multimediale Voraussetzungen müssen erfüllt sein.⁸⁸ So müssen die Teilnehmer über einen Internetzugang sowie die notwendigen technischen Kenntnisse verfügen und gewillt sein, diese für politische Zwecke nutzen zu wollen.⁸⁹ Eine soziale Schieflage entsteht aber auch deshalb, da Bevölkerungsgruppen mit niedrigem Bildungsniveau das Internet seltener

⁸⁴ Vgl. Anlage 8, S. 2; vgl. Kolleck, 2015b, S. 9.

⁸⁵ Vgl. Kirschen, 2014, S. 16.

⁸⁶ Vgl. Anlage 9, S. 2.

⁸⁷ Vgl. Voss, 2014, S. 6.

⁸⁸ Vgl. Voss, 2014, S. 16 f.

⁸⁹ Vgl. Kolleck, 2015c, S. 11.

nutzen.⁹⁰ Manche älteren Menschen haben Skepsis und Berührungsängste den modernen Kommunikations- und Informationstechniken gegenüber und bei Migranten besteht beispielsweise zusätzlich ein sprachliches Hindernis.⁹¹

Insgesamt gilt es allerdings zu überdenken, ob die Frage nach der Repräsentativität bei deliberativen Partizipationsverfahren überhaupt berechtigt und sinnvoll ist. Märker betont, dass deliberative E-Partizipationsverfahren mit anderen Erfolgskriterien bewertet werden sollten als beispielsweise Wahlen, Umfragen oder Bürgerentscheide.⁹² Er und auch Voss betonen, dass die Konsultation durch die Bürger und somit die Qualität der Vorschläge und Ideen statt der Quantität der Beiträge im Vordergrund stehe.⁹³ Es sollte versucht werden, ein möglichst vielfältiges sowie heterogenes Meinungsbild zu erreichen.⁹⁴ Zudem muss beachtet werden, dass das Problem der Repräsentativität ebenfalls bei Verfahren der analogen Beteiligung auftreten kann und somit keinen Nachteil der E-Partizipation gegenüber analogen Beteiligungsformen darstellt.

Oftmals wird durch die Online-Beteiligung bei den Bürgern die Erwartung geweckt, dass die Bearbeitung von Beteiligungsverfahren vereinfacht und somit beschleunigt werde.⁹⁵ Allerdings sind auch im Zeitalter der Digitalisierung interne Abstimmungsprozesse und langwierige Entscheidungen notwendig, um detaillierte und aussagekräftige Antworten zu formulieren. Die Erwartungshaltung der Bürger erhöht den Druck auf die Verwaltung, innerhalb einer kleinen Zeitspanne hohen koordinativen Aufwand und fachgerechtes Arbeiten durchzuführen.⁹⁶

⁹⁰ Vgl. Martini, 2014, S. 226.

⁹¹ Vgl. Nanz/Fritsche, 2012, S. 90.

⁹² Vgl. Märker, 2015, S. 40.

⁹³ Vgl. Märker, 2015, S. 36; vgl. Voss, 2014, S. 9.

⁹⁴ Vgl. Märker, 2015, S. 38.

⁹⁵ Vgl. Schulze-Wolf, 2010, S. 65.

⁹⁶ Vgl. Anlage 9, S. 3.

Eine weitere Herausforderung von E-Partizipation besteht darin, eine hohe aktive Nutzung der Beteiligungsverfahren zu erreichen. Viele Nutzer beschränken ihre Teilnahme lediglich auf ein Konsumieren von Informationen. Diese Form der Nutzung wird oftmals auch als „passive Beteiligung“ bezeichnet. Der Beteiligungsprozess wird dadurch nicht weiterentwickelt, es kommen keine neuen Informationen, Beiträge und Angebote hinzu.⁹⁷ Für ein erfolgreiches Beteiligungsverfahren ist es allerdings nötig, dass sich möglichst viele Nutzer aktiv beteiligen. Aktive Beteiligung ist durch das Kommentieren, Abstimmen und Einbringen von neuen Informationen und Ideen gekennzeichnet.

Eine Grenze der E-Partizipation wird in Bezug auf den Dialog zwischen Bürgern und Verwaltung bzw. Politik gesehen. Die Bildung eines Dialoges wird eingeschränkt, da der Austausch keiner Face-to-Face-Kommunikation entspricht, sondern Antworten auf gestellte Fragen zeitversetzt gegeben werden. Aufgrund von benötigten internen Abstimmungsprozessen der Verwaltung kann es bis zu mehreren Wochen dauern, bis eine detaillierte und abgestimmte Antwort von der Verwaltung gegeben werden kann. Durch lange Wartezeiten verlieren Bürger oftmals das Interesse und Dialoge kommen nicht zustande.⁹⁸ Prof. Dr. Angelika Vetter ist der Ansicht, dass es sich bei E-Partizipation eher um einseitige Reaktionen statt um einen Dialog handelt.⁹⁹

Aufgrund des fehlenden Dialogs kommt es nur sehr selten zu Meinungsbildungsprozessen, welche aber für dialogische Beteiligungsverfahren von hoher Bedeutung sind. Die Teilnehmer sind nicht gezwungen, sich Meinungen und Beiträge anderer anzuhören, wodurch das Umdenken und der damit verbundene Meinungsbildungsprozess weniger gefördert werden.¹⁰⁰

⁹⁷ Vgl. Hoffmann/Lutz/Poell, 2015, S. 25 f.

⁹⁸ Vgl. Anlage 5, S. 10.

⁹⁹ Vgl. Anlage 4, S. 3.

¹⁰⁰ Vgl. ebd.

Trotz der hohen Transparenz der Online-Beteiligungsverfahren besteht eine gewisse Grenze darin, dass komplexe Zusammenhänge über die digitalen Medien nur schwer dargestellt und erklärt werden können. Hierfür ist oftmals das direkte Gespräch von Vorteil. Von den Moderatoren kann bei E-Partizipation allerdings schlechter argumentiert werden.¹⁰¹

Zudem können die Beteiligungsprozesse online schlechter gesteuert werden. Die Verwaltung und insbesondere die Moderatoren können weniger Einfluss auf das Verfahren nehmen, als dies bei Präsenzveranstaltungen möglich ist. Dadurch wird die Herausforderung an die Verwaltung und Politik gestellt, die Angst vor Kontrollverlust zu überwinden und offen gegenüber den Beiträgen der Bürger zu sein. Beteiligung ist oftmals durch situative und emotionale Einflüsse geprägt. Mit der Anonymität des Internets fällt zudem die Hemmschwelle, Dinge zu äußern, die bei Präsenzveranstaltungen eher nicht zur Sprache gekommen wären. Diese sind auf den Plattformen für die gesamte Öffentlichkeit einsehbar und Meinungen, die von den Vorstellungen und Ideen der Kommune abweichen, sind so schlechter kontrollierbar und beeinflussbar.¹⁰²

4 Die Beteiligungsplattform MeinLB.de

2012 entschied sich die Stadt Ludwigsburg dazu eine Bürgerbeteiligungsplattform zu entwickeln. Das folgende Kapitel führt aus, vor welchem Hintergrund und mit welchen Beweggründen die Plattform entstand, welche Entwicklungen sie bereits durchlaufen hat und wie ihre aktuelle Situation beschrieben werden kann. Es soll ein Überblick von der Idee zu MeinLB.de, über den Relaunch der Seite bis hin zu aktuellen Herausforderungen gegeben werden.

¹⁰¹ Vgl. Anlage 9, S. 2.

¹⁰² Vgl. Voss, 2014, S. 9 f.; vgl. Anlage 9, S. 2 f.

4.1 Idee und Ziele von MeinLB.de

Die Idee zu MeinLB.de wurde von Jan Gabriel, einem freischaffenden Regisseur und Absolventen der Filmakademie mit Sitz in Ludwigsburg, entwickelt. Jan Gabriel hatte die Vision einer Online-Plattform mit filmischen Elementen und kam mit dieser Projektidee auf die Verwaltung zu. Gemeinsam mit dem Referat Nachhaltige Stadtentwicklung wurde das Projekt angegangen.¹⁰³

Mit der Plattform sollte der Management-Kreislauf der Stadt Ludwigsburg um die digitale Komponente erweitert werden. Der Management-Kreislauf dient der kontinuierlichen Weiterentwicklung des Stadtentwicklungskonzeptes. 2004 begann der Prozess der Stadt Ludwigsburg, das Verwaltungshandeln nach dem Prinzip der integrierten Stadtentwicklung auszurichten. Hierfür wurde das Stadtentwicklungskonzept „Chancen für Ludwigsburg“ erarbeitet. Mit Hilfe des Management-Kreislaufs soll der Stadtentwicklungsprozess kontinuierlich weiterentwickelt, die festgelegten Ziele verfolgt, fortgeschrieben und wenn nötig angepasst werden. Der Kreislauf umfasst die Prüfung der örtlichen Situation, die Weiterentwicklung der strategischen Ziele, den Beschluss der Leitsätze und Ziele in 11 Themenfeldern, die Umsetzung durch SEK-Masterpläne sowie die Berichterstattung und Evaluierung als fünf zu durchlaufende Schritte. Dieser Prozess soll unter einer ständigen Einbeziehung der Bürgerschaft, vor allem mittels der Zukunftskonferenzen, die alle drei Jahre stattfinden, erfolgen. Durch MeinLB.de wurde dieser Management-Kreislauf durch multimediale Module ergänzt.¹⁰⁴

Als weiteres Projektziel wurde sowohl im Endbericht zum Modellprojekt MeinLB.de¹⁰⁵ als auch während der Experteninterviews¹⁰⁶ die Zielgruppenerweiterung genannt. Es sollten andere Bevölkerungsgruppen erreicht

¹⁰³ Vgl. Anlage 10, S. 3.

¹⁰⁴ Vgl. Anlage 10, S. 3.

¹⁰⁵ Vgl. Anlage 10, S. 5.

¹⁰⁶ Vgl. Anlage 5, S. 3.

werden, als die, die mit den bisherigen Formen der Bürgerbeteiligung angesprochen wurden. Mit den analogen Beteiligungsverfahren, vor allem den Zukunftskonferenzen, konnten in Ludwigsburg überwiegend Personen angesprochen werden, die sich bereits ohnehin ehrenamtlich engagierten, wie beispielsweise Gemeinderäte.¹⁰⁷ Personengruppen, die bisher nicht oder nur sehr schwierig erreicht werden konnten, wurden zum einen als Jugendliche und junge Menschen sowie Bürger des individuellen und kreativen Milieus beschrieben.

Gleichzeitig wurde mit MeinLB.de angestrebt, der Bürgerschaft eine Plattform als virtuelles Schwarzes Brett zur Verfügung zu stellen, um sich untereinander vernetzen und austauschen zu können. Hierdurch sollte die Bildung und Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements gefördert werden. Projekte, deren Durchführung für die Verwaltung nicht möglich war, sollten von Bürgern in Eigenverantwortung übernommen werden.¹⁰⁸

Auch eine Motivation der Stadtgesellschaft, sich in die Stadtentwicklung Ludwigsburgs einzubringen, sollte durch die multimediale Beteiligung erreicht werden.¹⁰⁹ Die Online-Beteiligung zielte darauf ab, Transparenz bezüglich Verwaltungsverfahren und städtischen Entscheidungen zu fördern. So sollten sich Verständnis und Nachvollziehbarkeit bei den Bürgern entwickeln.¹¹⁰

4.2 Entwicklung von MeinLB.de

Die bisherige Entwicklung der Plattform MeinLB.de kann in zwei Phasen unterteilt werden. Hierbei ist die erste durch die anfängliche Entwicklungs- und Entstehungszeit sowie den Verlauf der Plattform in den ersten beiden Jahren gekennzeichnet.

¹⁰⁷ Vgl. Anlage 6, S. 4.

¹⁰⁸ Vgl. Anlage 6, S. 4.

¹⁰⁹ Vgl. Anlage 10, S. 5.

¹¹⁰ Vgl. Anlage 7, S. 7.

Im März 2012 wurde der Stadtverwaltung das Konzept für die Plattform durch Jan Gabriel vorgestellt. Darauf folgten die Erarbeitung eines Feinkonzeptes sowie die Programmierung von MeinLB.de. An der Konzeption der Plattform waren das Referat Nachhaltige Stadtentwicklung, die Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die Stabstelle Büro OBM und der Regisseur Jan Gabriel, welcher später auch als Community Manager die Moderation und Koordination der Plattform übernahm, maßgeblich beteiligt. Zudem wurden die Leiter des Fachbereichs Stadtplanung und Vermessung sowie Bürgerschaftliches Engagement hinzugezogen.¹¹¹

Im September 2012 wurde die Projektidee während der Vorbereitungsveranstaltung zur Zukunftskonferenz erstmals der Öffentlichkeit vorgestellt, bevor die Plattform Anfang Oktober online ging. MeinLB.de war ein Forschungsprojekt im Rahmen des Forschungsprogramms „Nationaler Strategieplan für eine integrierte Stadtentwicklungspolitik“.

Jan Gabriel übernahm ab September 2012 die Rolle des Community Managers. Er war für die Moderation und Koordination der Plattform zuständig. Dem Community Manager kommt außerdem die wichtige Schnittstellenfunktion zwischen Verwaltung und Bürgern zu. Er ist somit erster Ansprechpartner für die Nutzer von MeinLB.de. Es fanden regelmäßige Abstimmungen zwischen dem Referat Nachhaltige Stadtentwicklung und dem Community Manager statt, um den Umgang mit eingehenden Projektideen mit der Verwaltung zu besprechen und über die jeweilige Nutzung der Plattform zu informieren.¹¹²

Die Plattform wurde in die Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Zukunftskonferenz 2012 einbezogen. Der Moderator Jan Gabriel war an den Veranstaltungstagen präsent. MeinLB.de wurde bereits während der Veranstaltung rege genutzt.¹¹³

¹¹¹ Vgl. Anlage 10, S. 6 ff.

¹¹² Vgl. Anlage 10, S. 12.

¹¹³ Vgl. Anlage 10, S. 11.

Es wurde versucht, die Zuständigkeit für MeinLB.de zunehmend beim Büro OBM zu verorten. Allerdings kam es hier zu Schwierigkeiten bezüglich der Abstimmung zwischen dem externen Moderator Jan Gabriel und der Verwaltung. Es zeigten sich die Grenzen eines externen Moderators auf. Die strukturelle Einbindung von MeinLB.de in die Stadtverwaltung war unklar und es stellte sich die Frage der Zuständigkeit.¹¹⁴ Insbesondere war der interne Abstimmungsprozess bei kritischen Projektideen nicht festgelegt, sodass beispielsweise keine Regelung existierte, wer zur Kommunikation nach außen legitimiert war.¹¹⁵ Hieraus entwickelte sich die Bereitschaft eine Stelle mit dem Stellenumfang 0,5 beim Fachbereich Bürgerschaftliches Engagement zu schaffen und damit einen „Kümmerer“¹¹⁶ für MeinLB.de einzustellen.

Nach knapp zwei Jahren wurde dadurch die Phase 2 von MeinLB.de angestoßen. Im Juli 2014 erfolgte die Einstellung von Ines Beisenwenger auf die Stelle des internen Kümmerers für MeinLB.de. Sie erkannte die Schwachstellen der damaligen Plattform, die vor allem aus strukturellen Problemen und fehlender Dynamik bestanden, und begann MeinLB.de neu zu strukturieren sowie die verschiedenen Angebote der Plattform zu differenzieren. Hierfür wurde Dr. Jutta Breitschwerd vom Institut für kommunikatives Handeln hinzugezogen. So entstand die heutige Landing-Page MeinLB.de, auf der aus Bürger entscheiden können, was ihr konkretes Anliegen ist und auf die passende Unterseite weitergeleitet werden.¹¹⁷ Meilenstein der Phase 2 war der Relaunch, welcher im April 2015 stattfand. Neben der Neustrukturierung der Plattform wurde versucht, eine aktive Öffentlichkeitsarbeit für MeinLB.de aufzubauen. Es wurden Workshops an Schulen angeboten, MeinLB.de wurde bei Seniorentreffs vorgestellt und die neu konzipierte Seite wurde bei der Zukunftskonferenz 2015

¹¹⁴ Vgl. Anlage 5, S. 4.

¹¹⁵ Vgl. Anlage 10, S. 17.

¹¹⁶ Anlage 10, S. 17.

¹¹⁷ Vgl. Anlage 6, S. 6.

präsentiert. Zudem war eine stärkere Verknüpfung von Veranstaltungen im Bereich der Präsenzbeteiligung mit MeinLB.de geplant.¹¹⁸

Abbildung 4: Entwicklung von MeinLB.de



Quelle: eigene Darstellung

¹¹⁸ Vgl. Anlage 11, S. 3.

4.3 Aktuelle Situation von MeinLB.de

Während der Neustrukturierung wurde analysiert, dass ausgehend von der Bürgerschaft verschiedene Anfragen an die Stadt existieren, die alle über MeinLB.de kommuniziert werden. Deshalb wurden die drei verschiedenen Angebote „Frag-den-OB“, „Ideen – Projekte“ und „KSIS“ auf der neuen Landing-Page von MeinLB.de verankert. Mit „Frag-den-OB“ wird den Bürgern die Möglichkeit gegeben, sich auf direktem Weg an die Verwaltungsspitze zu wenden. Unter allen eingereichten Fragen, kann innerhalb von zwei Wochen abgestimmt werden. Der Beitrag mit den meisten Stimmen wird beantwortet. Daneben stellt „Ideen – Projekte“ das eigentliche Beteiligungsangebot der Plattform dar. Dieses differenziert sich in die Ideenschmiede und Projekte. Die Ideenschmiede ist ein offenes Forum für Ideen, die noch nicht zu einem vollständigen Projekt ausgearbeitet sind und die Unterstützung der Verwaltung benötigen. Daneben gibt es die Möglichkeit, ein vollständiges Projekt vorzuschlagen. Hierfür ist das Vorhaben ausführlich zu beschreiben, einer Kategorie zuzuordnen und mit Bildern zu versehen.¹¹⁹ „KSIS“ stellt in diesem Zusammenhang das Controlling-Tool, mit dem das Verwaltungshandeln gegenüber der Bürgerschaft transparent und verständlich gemacht werden soll, dar. Es bietet die Möglichkeit, einzusehen, ob die eingereichten Ideen und Projekte weiterverfolgt und in das Verwaltungshandeln miteinbezogen werden. Ebenso kann der aktuelle Stand der Projekte eingesehen werden.¹²⁰

Seit Mai 2015 gibt es keinen Kümmerer innerhalb der Verwaltung. Ines Beisenwenger schied 2015 aus ihrer damaligen Stelle aus. Zeitweise übernahm der Praktikant Sebastian Rammelsberger gemeinsam mit Dr. Jutta Breitschwerd die Funktion des Community Managers. Aktuell liegt die Moderation allein bei Dr. Jutta Breitschwerd. Sie beantwortet neue Beiträge auf der Plattform und signalisiert dadurch nach außen, dass die Ideen der Bürger ankommen und verarbeitet werden. Die Beiträge leitet

¹¹⁹ Vgl. Anlage 7, S. 6 f.

¹²⁰ Vgl. Anlage 5, S. 8.

sie, teilweise auch über die Leitung des Fachbereichs Bürgerschaftliches Engagement, an die Verwaltung weiter. Dadurch wird die Seite am Leben gehalten, jedoch keine aktive Öffentlichkeitsarbeit für MeinLB.de betrieben.¹²¹

Innerhalb der Verwaltung besteht keine konkrete Haltung zu MeinLB.de. Es ist unklar, wie in Zukunft mit der Seite umgegangen werden soll.¹²² Bei vielen Verwaltungsmitarbeitern ist MeinLB.de nicht bekannt oder sie sind wenig überzeugt von der Plattform.¹²³ Es besteht die Haltung, dass Beiträge aus der Bürgerschaft keine entscheidende Rolle im Verwaltungshandeln spielen. Möglicherweise liegt dies an Arbeitsüberlastung, jedoch fehlt auch das Bewusstsein, dass Bürgerbeteiligung und insbesondere MeinLB.de ein wichtiges Kommunikationsmittel zwischen der Ludwigsburger Stadtverwaltung und den Bürgern darstellt, meint Dr. Jutta Breitschwerd.¹²⁴

Die Plattform wird aktuell trotz fehlender Öffentlichkeitsarbeit rege besucht. Die Nutzerzahlen schwanken zwischen 1600 und 2500 Besuchen pro Monat.¹²⁵ Nach dem Start der Plattform im Oktober 2012 lagen die Besuchszahlen bei etwa 2800.¹²⁶ Allerdings kann anhand der reinen Nutzerzahlen nicht abgeleitet werden, wie hoch die Anzahl der aktiven Nutzer ist. Bei vielen Besuchern der Seite handelt es sich um passive Nutzer, die lediglich Informationen konsumieren, jedoch nicht aktiv werden, indem sie Projekte oder Ideen einstellen bzw. kommentieren.¹²⁷

Aktiv wird die Seite hauptsächlich von bereits bestehenden Organisationen Ludwigsburger Bürger zur Veröffentlichung von aktuellen Informationen genutzt. Als Beispiele können der Literaturkreis, welcher unter dem Projektnamen „Sternmut-Literatur-Bunt“ zu finden ist, sowie das Bewoh-

¹²¹ Vgl. Anlage 7, S. 9.

¹²² Vgl. Anlage 5, S. 10.

¹²³ Vgl. Anlage 6, S. 7.

¹²⁴ Vgl. Anlage 7, S. 9.

¹²⁵ Vgl. Anlage 7, S. 8.

¹²⁶ Anlage 10, S. 14.

¹²⁷ Vgl. Anlage 7, S. 8 f.

netzwerk Hartenecker Höhe angeführt werden. Beide sind auf der Projekt-Liste von MeinLB.de an vorderster Stelle zu finden.¹²⁸

4.4 Herausforderungen und Schwierigkeiten

Nach der Analyse von MeinLB.de lässt sich erkennen, dass die Plattform den Top-Down-Verfahren der Bürgerbeteiligung zugeordnet werden kann, da sie durch die Verwaltung initiiert wurde. Allerdings ist das Hauptziel, das mit MeinLB.de verfolgt wird, bürgerschaftliches Engagement zu stärken und zu fördern. Bürger sollen eigene Ideen auf der Plattform teilen und veröffentlichen können, um Mitstreiter für ihre Vorschläge zu finden. Projekte sollen in Eigenverantwortung von den Bürgern übernommen werden. Dieses Ziel ist demnach durch Eigenschaften der Bottom-Up-Beteiligung charakterisiert. Folglich stellt die Plattform eine Mischung dar, die sowohl Formen der Bottom-Up- als auch der Top-Down-Beteiligung vereint. Durch diese Verfahrensmischung entstehen verschiedene Herausforderungen für die Stadtverwaltung Ludwigsburg:

Entgegen der anlass- oder projektbezogenen Beteiligung, wie sie üblicherweise auf Top-Down-Plattformen praktiziert wird, wird auf MeinLB.de Bürgerbeteiligung im anlassfreien Bereich durchgeführt. Dies stellt die Stadtverwaltung vor die Herausforderung, dass Beteiligungsprojekte zu jeglichen Themen entstehen können. Es kann kein Einfluss auf die Inhalte der Beteiligung genommen werden. Im Gegensatz zur projektbezogenen Beteiligung, beispielsweise einem Bürgerhaushalt, kann das Vorgehen im Vorfeld nicht geplant und koordiniert werden. Für jeden Projektvorschlag müssen neue Strukturen gebildet werden, was einen hohen Koordinations- und Organisationsaufwand mit sich bringt.¹²⁹

¹²⁸ Vgl. Projekt-Liste von MeinLB.de, <http://www.projekte.meinlb.de/projekte/> [04.09.2016]

¹²⁹ Vgl. Anlage 5, S. 11.

Eine weitere Schwierigkeit stellt die Reaktionszeit der Verwaltung dar. Das Internet ist ein dynamisches Medium, das durch die Geschwindigkeit der Beiträge lebt. Dementgegen stehen die Entscheidungsfindungs- und Abstimmungsprozesse innerhalb der Verwaltung. Im Vergleich zu Abstimmungen innerhalb der Verwaltung können Fragen von den Bürgern schnell gestellt und Beiträge schnell kommentiert werden. Oftmals behandeln diese aber hochkomplexe Sachverhalte, an deren Planung mehrere Fachbereiche beteiligt sind. Da über die Plattform offizielle Aussagen der Stadt getroffen werden, die auf eine gewisse Art im Internet archiviert werden, besteht ein hoher Anspruch auf Sinnhaftigkeit, Verbindlichkeit und Korrektheit der Antworten. Deshalb sind Abstimmungsprozesse und Freigaben innerhalb der Verwaltung notwendig, bevor eine Antwort veröffentlicht werden kann. Da diese Prozesse mehrere Tage oder sogar Wochen in Anspruch nehmen können, entsteht der Anschein von keinen oder zu langsamen Strukturen der Verwaltung für E-Partizipation. Ein Dialog zwischen Verwaltung und Bürgerschaft kommt nur schwer zustande, wenn zwischen Frage und Antwort große Zeitspannen liegen. Peter Fazekas und Tobias Großmann zufolge liegt hierin auch der Grund für die geringe Nutzung der Plattform. In den ersten Monaten nach dem Start von MeinLB.de sei viel Potential verspielt worden, indem zu lange Zeitspannen zwischen der Anfrage und der Beantwortung lagen.¹³⁰

Die externe Stellung des Moderators stellt eine weitere Schwierigkeit der Plattform dar. Es fehlt ein konkreter Ansprechpartner innerhalb der Ludwigsburger Stadtverwaltung, der bei neuen Projekten oder Ideen die zuständigen Personen in den Fachbereichen kennt und zeitnah Abstimmungen herbeiführen kann. Die Funktion von Dr. Jutta Breitschwerd beschränkt sich aktuell auf die eines Moderators. Die vielfältigen Aufgaben des Community Managers werden zurzeit nicht wahrgenommen, wodurch

¹³⁰ Vgl. Anlage 5, S. 8 ff.

weder Koordination noch aktive Öffentlichkeitsarbeit oder Weiterentwicklung der Plattform betrieben werden kann.¹³¹

Eine weitere Herausforderung besteht darin, dass MeinLB.de innerhalb der Verwaltung wenig beliebt ist und eher als Störfaktor gesehen wird. Das Projekt wird von den Mitarbeitern der Verwaltung wenig getragen. Es entsteht der Anschein, als wolle die Verwaltungsspitze MeinLB.de als Aushängeschild, allerdings ist dieses Bild unter den Mitarbeitern nicht verankert. Dies erschwert es, eine verkürzte Reaktionszeit und schnelle Antworten auf Beiträge möglich zu machen.¹³²

Zudem scheint auch der neu strukturierte Aufbau der Plattform von den Bürgern nicht richtig verstanden zu werden. Die Bürger verstehen nicht die Stärkung und Bildung bürgerschaftlichen Engagements als Ziel der Plattform, sondern suchen in ihr Kontakt zur Verwaltung. Dadurch wird die neue Strukturierung nach „Frag-den-OB“, „Ideen und Projekte“ und „KSIS“ oftmals missverstanden. Die Bürger wissen nicht, wie sie ihr Anliegen konkret an die Verwaltung kommunizieren sollen.¹³³ Hierdurch wird deutlich, dass die Seite auch nach der Neustrukturierung nicht exakt den Anforderungen entspricht, die in der Bürgerschaft vorhanden sind.

5 Erfolgsfaktoren und Handlungsempfehlungen

Neben den allgemeinen Erfolgsfaktoren für Bürgerbeteiligungsverfahren, wie der Auswertung und Darstellung der Ergebnisse, sind bei E-Partizipation spezielle Kriterien erfolgsentscheidend. Im Folgenden soll auf die wichtigsten eingegangen werden, wobei keinesfalls eine abschließende Aufzählung angestrebt wird. In Kapitel 5.2 werden zudem Handlungsempfehlungen, die speziell für MeinLB.de entwickelt wurden, vorgestellt.

¹³¹ Vgl. Anlage 5, S. 13; vgl. Anlage 6, S. 7.

¹³² Vgl. 7, S. 9.; vgl. Anlage 6, S. 5.

¹³³ Vgl. Anlage 7, S. 7.

5.1 Erfolgsfaktoren für E-Partizipation

Aufgrund der hohen Diversität von E-Partizipationsverfahren fällt es schwer, allgemeine Aussagen über den Erfolg zu treffen sowie Erfolgsfaktoren zu benennen.¹³⁴ Deshalb beziehen sich die folgenden Aussagen vor allem auf die zuvor vorgestellte deliberative Form der E-Partizipation. Grundsätzlich kann von erfolgreichen Online-Beteiligungsverfahren gesprochen werden, wenn die zuvor festgelegten Ziele erreicht werden. Bei den meisten Plattformen dürfte dies neben hoher Qualität der Beiträge, eine hohe quantitative Beteiligung der Bürger am Verfahren sowie das Erreichen eines möglichst vielfältigen und ausdifferenzierten Meinungsbildes sein.¹³⁵ Hierfür ist vor allem das Interesse der Bürger an lokaler Politik entscheidend. Sind die Bürger nicht am politischen Geschehen interessiert, nehmen sie an Beteiligungsverfahren nicht teil. Dies betrifft sowohl analoge als auch digitale Beteiligungsformen. Allerdings stellt das politische Interesse einen Erfolgsfaktor dar, der von der Verwaltung nicht beeinflusst werden kann. Politikverdrossenheit kann nicht durch E-Partizipation verringert werden, hierfür sind umfassendere, vor allem bildungspolitische Maßnahmen nötig.¹³⁶ Daneben sind jedoch die Bekanntheit der Plattform unter den Bürgern sowie eine hohe Akzeptanz dieser erforderlich und beeinflussbar.

Im folgenden Kapitel sollen Handlungsempfehlungen gegeben werden, durch die eine Begünstigung der genannten Faktoren möglich wird und somit die zweite Forschungsfrage „Wie werden E-Partizipationsverfahren erfolgreich umgesetzt?“ beantwortet wird.

¹³⁴ Vgl. Kubicek, 2014, S. 267.

¹³⁵ Vgl. Märker, 2015, S. 38.

¹³⁶ Märker, 2015, S. 35.

Der Einsatz von E-Partizipation

Wie Prof. Dr. Angelika Vetter im Interview und auch in ihrer Literatur angibt, ist es für den Erfolg einer Beteiligungsplattform entscheidend, im Vorfeld genau zu überlegen, welche Beteiligungsform für das Vorhaben geeignet ist.¹³⁷ So sind für manche Beteiligungsverfahren, bei denen das Erklären von komplexen Zusammenhängen erforderlich ist, Präsenzveranstaltungen die geeignete Methode, während für andere Projekte E-Partizipation ergebnisbringender ist. Beteiligung ist nicht nach einem standardisierten Verfahren möglich. Es sollte für jedes Beteiligungsprojekt ein individuelles Konzept erstellt werden.¹³⁸ Hierbei ist zunächst das Ziel des Projektes festzulegen, bevor in einem zweiten Schritt die Zielerreichung geplant und somit die Auswahl der passenden Instrumente und Techniken erfolgen kann.¹³⁹ Bei der Auswahl sind neben den lokalen Gegebenheiten die individuellen Anforderungen des Projekts zu beachten.¹⁴⁰

Kombination mehrerer Instrumente

Ein sogenannter Methodenmix gilt oftmals als erfolgversprechend.¹⁴¹ Angelehnt an den Begriff des blended learnings¹⁴² kann von blended participation gesprochen werden, bei der Präsenzveranstaltungen der Bürgerbeteiligung durch Methoden der E-Partizipation ergänzt werden. Eine solche Beteiligung bietet diverse Vorteile, wie die Erreichung unterschiedlicher Zielgruppen.¹⁴³ Soll ein möglichst breiter Querschnitt der Bevölkerung erreicht werden, so ist es aufgrund der großen Diversität unserer Gesellschaft unumgänglich, eine Beteiligung mit verschiedenen Instrumenten

¹³⁷ Vgl. Vetter, 2008, S. 17.; Anlage 4, S. 4.

¹³⁸ Vgl. Anlage 8, S. 7.

¹³⁹ Vgl. Märker, 2015, S. 42.; Anlage 9, S. 4.

¹⁴⁰ Vgl. Anlage 7, S. 2.

¹⁴¹ Vgl. Walz u.a., 2011, S. 137.; vgl. Anlage 9, S. 3.

¹⁴² Blended learning beschreibt eine Form des Lernens, bei der Präsenzveranstaltungen mit Online-Module kombiniert werden.; vgl. Duden, http://www.duden.de/rechtschreibung/Blended_Learning [02.09.2016]

¹⁴³ Vgl. Walz u.a., 2011, S. 137.

durchzuführen. Mittels E-Partizipation können Digital Natives¹⁴⁴ erreicht werden, während durch Präsenzveranstaltungen beispielsweise ältere Bevölkerungsgruppen, die das direkte Gespräch schätzen, angesprochen werden.

Verknüpfung mit Präsenzveranstaltungen

Die Verknüpfung von E-Partizipation mit Präsenzveranstaltungen ist wichtig, um einen realen Bezug zu der virtuellen Plattform herstellen zu können. Durch den direkten Kontakt verbinden die Bürger Personen mit der Beteiligungsplattform, was die Identifikation mit dieser und somit auch die Teilnahme an E-Partizipationsverfahren fördert.¹⁴⁵ Zudem kann bei Präsenzveranstaltungen gezielt für die Teilnahme an E-Partizipation geworben werden und der Bekanntheitsgrad der Plattform gesteigert werden. Dies kann einen ersten wichtigen Beitrag zur Kommunikation der Plattform darstellen.

Bewerbung der Beteiligungsplattform

Einer der wichtigsten Erfolgsfaktoren ist die Öffentlichkeitsarbeit. Nur wenn Beteiligungsplattformen ausreichend beworben und bei den Bürgern bekannt gemacht werden, ist die Grundvoraussetzung für hohe Teilnehmerzahlen gegeben. Die Bewerbung sollte deshalb crossmedial¹⁴⁶ aufgebaut sein, damit die Zielgruppen die Chance erhalten, von der Beteiligungsmöglichkeit zu erfahren.¹⁴⁷ Sinnvoll im Bereich der Printmedien sind eine rege Pressearbeit sowie Flyer und Plakate. Gleichzeitig sollte eine Bewerbung der Plattform über die digitalen Medien, die von der Kommune genutzt werden, erfolgen. Hierbei sind die eigene Website und soziale Medien, wie Facebook oder Twitter, von elementarer Bedeutung, da die Bürger über einen Link und somit ohne Medienbruch auf MeinLB.de geleitet wer-

¹⁴⁴ Unter Digital Natives werden Internetnutzer verstanden, die sehr vertraut mit dem Medium sind und dieses sehr häufig nutzen.; vgl. Hoffmann/Lutz/Poell, 2015, S. 52.

¹⁴⁵ Vgl. Anlage 6, S. 3.

¹⁴⁶ Synonym für medienübergreifend.

¹⁴⁷ Vgl. Märker, 2015, S. 42; vgl. Anlage 9, S. 3.

den können. Hilfreich kann es auch sein, an viel frequentierten öffentlichen Einrichtungen Internetzugänge zur Verfügung zu stellen, um auch Personen ohne eigenen Internetzugang die Möglichkeit zu geben, sich zu beteiligen. Wird E-Partizipation im anlassbezogenen Bereich durchgeführt, so kann diese Möglichkeit auch direkt vor Ort verwirklicht werden.¹⁴⁸

Für die Bewerbung sollte idealerweise ein Marketingkonzept erstellt werden, welches die verschiedenen Marketinginstrumente beschreibt und miteinander verknüpft.

Usability der Beteiligungsplattform

Um die Teilnahme der Bürger zu fördern, ist es zudem wichtig, dass die Beteiligungsplattform eine hohe Nutzerfreundlichkeit aufweist und lediglich eine niedrigschwellige Anmeldung zur Nutzung der Plattform erforderlich ist.¹⁴⁹ Da dies Faktoren darstellt, die bei jeglicher Website zu beachten sind, wird an dieser Stelle auf eine nähere Ausführung verzichtet.

Transparenz

Es sollten alle Verfahrensschritte und einzelne Zwischenergebnisse öffentlich dargestellt werden, da E-Partizipation vor allem für ihre Verfahrenstransparenz bekannt ist. Zudem ist es von Vorteil, deutlich zu veranschaulichen, in welchem Stadium sich das jeweilige Projekt befindet, um dadurch den Beteiligungsprozess zu strukturieren.¹⁵⁰

Erlebnischarakter

Zudem muss E-Partizipation mit einem Erlebnischarakter verknüpft werden, indem den Bürgern die Sinnhaftigkeit und der Nutzen von E-Partizipation aufgezeigt wird. Hierfür sind Verlässlichkeit im Umgang mit den Ergebnissen des Beteiligungsprozesses Voraussetzung.¹⁵¹

¹⁴⁸ Vgl. Walz u.a., S. 140.

¹⁴⁹ Vgl. Anlage 9, S. 3.

¹⁵⁰ Vgl. Walz u.a., 2011, S. 138.

¹⁵¹ Vgl. Anlage 9, S. 4.

Klare Kommunikation

Da die Schwierigkeit für die Verwaltung besteht, komplexe Sachverhalte und Verwaltungsstrukturen nur schwer über das Internet austauschen und erklären zu können, ist es von großer Bedeutung, Missverständnisse zu vermeiden.¹⁵² Deshalb sollten die verfolgten Ziele sowie Chancen und Grenzen des jeweiligen Verfahrens von Anfang an klar kommuniziert werden.¹⁵³ Eindeutige Überschriften, sowie eine Unterseite, auf der das Ziel der Plattform beschrieben wird, können hierbei helfen.¹⁵⁴ Es ist wichtig, dass Bürger ein Verständnis für die Grenzen der E-Partizipation entwickeln. Es muss verstanden werden, dass Beiträge zu deliberativen Beteiligungsverfahren nicht dieselbe Verbindlichkeit wie Wahlen besitzen und Verwaltungsabläufe auch im Zeitalter des Internets einer gewissen Zeit für interne Abstimmungen bedürfen.

Dialogfördernde Maßnahmen

Es sollten Formen gefunden werden, die es ermöglichen den Dialog zwischen Verwaltung und Bürgerschaft anzuregen. Hierzu könnte eine Art Chatroom eingesetzt werden, in denen Bürger und Verwaltung miteinander diskutieren und Informationen austauschen können. Diese Art der Kommunikation wird bereits häufig von Mobilfunkanbietern oder Technologiekonzernen wie Apple oder Congstar genutzt, um ihren Kunden einen schnellen und einfachen Service zu bieten. Durch eine solche Art der Kommunikation wäre es möglich, den Dialog zwischen den verschiedenen Akteuren zu fördern. Zusätzlich könnte dem Bedürfnis der Bürger, direkt mit der Verwaltung in Kontakt zu treten, nachgekommen werden.

¹⁵² Vgl. Anlage 5, S. 3.

¹⁵³ Vgl. Nanz/Fritsche, 2012, S.90 f.

¹⁵⁴ Vgl. Stuttgart-meine-Stadt.de, <https://www.stuttgart-meine-stadt.de/angebot/> [06.09.2016]

Interner Umgang mit der Plattform

Innerhalb der Verwaltung sind klare Strukturen und Zuständigkeiten erforderlich, um zügige Reaktionen auf die Beiträge der Bürger sicherzustellen.¹⁵⁵ Ein geregelter Umgang mit den Beiträgen sowie eine klare Kommunikation mit den Fachämtern sind erforderlich, um neben zeitnahen auch detaillierte und aussagekräftige Antworten bereitstellen zu können. Nur so kann Akzeptanz und Motivation der Bürger gefördert und eine höhere Teilnahmequote erreicht werden.

Hierfür sind personelle Ressourcen innerhalb der Stadtverwaltung notwendig.¹⁵⁶ Durch einen Community Manager¹⁵⁷ werden die wichtigen Aufgaben der Koordination, der Bewerbung der Plattform und der Moderation übernommen. Es kann zwischen einer Prä-Moderation, bei welcher neue Einträge auf der Plattform vor Veröffentlichung überprüft werden, und einer Post-Moderation, bei der die Überprüfung und gegebenenfalls Löschung der Beiträge erst nach Veröffentlichung erfolgt, unterschieden werden.¹⁵⁸ In jedem Fall spielt der Moderator eine zentrale Rolle, da er den Kommunikationsprozess strukturieren und zielführend gestalten kann. Zudem wird durch einen Community Manager ein einheitlicher Ansprechpartner für die Bürger bei Fragen zur E-Partizipation bereitgestellt.¹⁵⁹

Identifikation mit der Beteiligungsplattform

Es ist essentiell, dass sich die initiiierenden Organe, vor allem Politik und Verwaltung, als aktive Funktionäre des Beteiligungsprozesses verstehen.¹⁶⁰ E-Partizipation muss von der Verwaltung akzeptiert, angenommen und unterstützt werden. Die Beiträge der Bürger sind von den zuständigen Fachmitarbeitern zu bewerten, zu begleiten und freizugeben. Nur durch internes Interesse an der Plattform und Unterstützung dieser ist es mög-

¹⁵⁵ Vgl. Walz u.a., S. 141; vgl. Anlage 9, S. 4.; vgl. Kirschen, 2014, S. 16 f.

¹⁵⁶ Vgl. Anlage 9, S. 4.

¹⁵⁷ Definition vgl. 4.1.

¹⁵⁸ Vgl. Nanz/Fritzsche, 2012, S.91.

¹⁵⁹ Vgl. Anlage 9, S. 4.

¹⁶⁰ Vgl. Märker, 2015, S. 42.

lich, zeitnah detailliertes und sachdienliches Feedback geben zu können. Auch für eine Weiterentwicklung und positive Außenwirkung der Plattform ist die interne Unterstützung von Bedeutung. Ist eine positive Haltung gegenüber E-Partizipation nicht gegeben, ist vor allem Informations- und Überzeugungsarbeit seitens der Verwaltungsspitze zu leisten. Daneben muss auch der Gemeinderat als letzte Instanz kommunaler Entscheidungen das Modell der E-Partizipation stützen.¹⁶¹ Diese Unterstützung ist vor dem Hintergrund der benötigten finanziellen Mittel von Bedeutung.

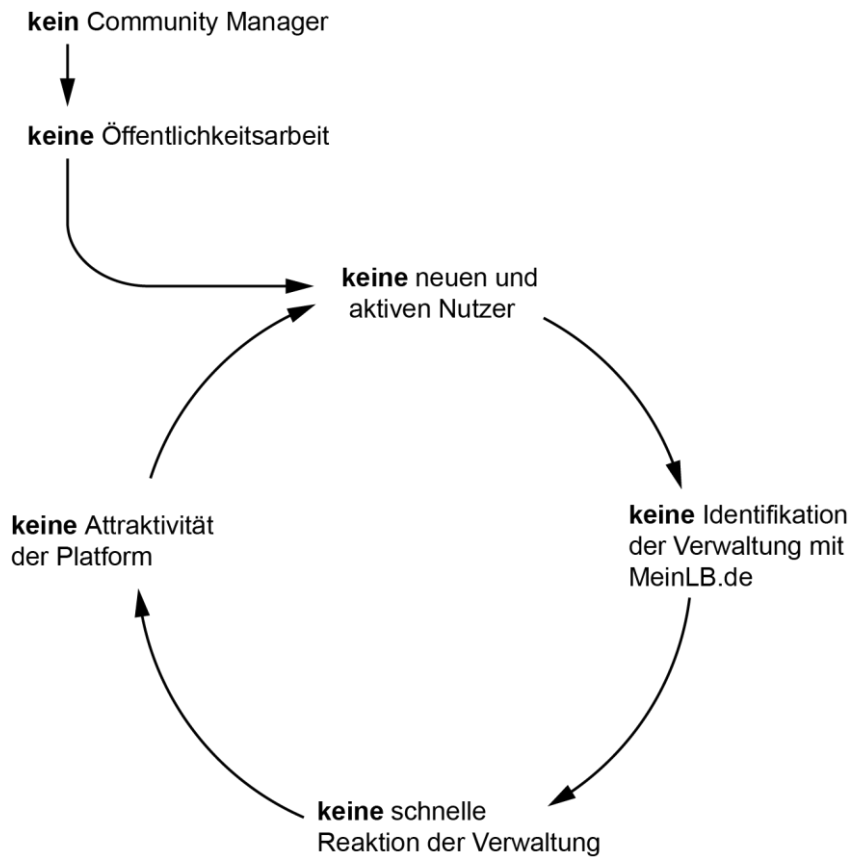
5.2 Handlungsempfehlungen für MeinLB.de

Wie bereits in Kapitel 4.1 beschrieben, sind die Hauptziele von MeinLB.de bürgerschaftliches Engagement zu fördern und dadurch den Stadtentwicklungsprozess Ludwigsburgs durch neue Methoden der Partizipation weiterzuentwickeln. Zudem sollen durch E-Partizipation neue Zielgruppen an der Stadtentwicklung beteiligt und das Verständnis für kommunale Entscheidungen sowie Motivation unter den Bürgern gefördert werden. Zur Erreichung dieser Ziele sind vor allem eine hohe möglichst durch Heterogenität gekennzeichnete Beteiligung und ein langfristiges Interesse der Bürger an der Plattform notwendig.

Aktuell ist die Plattform jedoch durch die Problemfelder eines externen Moderators, keines Community Managers, einer fehlenden Öffentlichkeitsarbeit sowie keiner Identifikation der Verwaltung mit MeinLB.de gekennzeichnet. Die aufgezeigten Herausforderungen und Schwierigkeiten von MeinLB.de stellen Faktoren dar, die sich gegenseitig bedingen und mit Hilfe eines Kreislaufs beschrieben werden können. Findet keine Änderung im Umgang mit MeinLB.de statt, so wird langfristig gesehen ein Festfahren bzw. Stocken der Beteiligungsplattform bewirkt.

¹⁶¹ Vgl. Anlage 9, S. 4.

Abbildung 5: Negativkreislauf MeinLB.de



Quelle: eigene Darstellung

Die folgenden Handlungsempfehlungen, welche aus den Erfolgsfaktoren für E-Partizipation und den Erkenntnissen der Experteninterviews abgeleitet wurden, sollen dabei unterstützen, MeinLB.de weiterzuentwickeln und die Projektziele zu erreichen.

Art der Beteiligung

Das kurzfristige Ziel im Umgang mit der Plattform sollte es sein, eine aktivere Nutzung zu erreichen. Es muss ein Anreiz geschaffen werden, der die Bürger motiviert, sich in Form von Kommentaren und Beiträgen aktiv zu beteiligen. Eine Möglichkeit wäre es, in Form von Top-Down-Verfahren zunächst mehr anlassbezogene Beteiligung auf der Seite durchzuführen.

Hierbei sind die Anzahl der Projekte, die notwendige Informationsbereitstellung sowie die Aktualität der Plattform durch die Verwaltung steuerbar.

Zudem können die Projekte gezielter beworben werden und es besteht eine geringere Hemmschwelle für die Bürger, sich zu beteiligen. Ihnen werden Inhalte vorgegeben, sodass sie keine eigenen Ideen entwickeln müssen, sondern ihre Meinungen, Vorschläge und Bedenken zu bestehenden Projekten äußern können. Den Bürgern kann anhand der anlassbezogenen Beteiligung die Sinnhaftigkeit und Nutzen der Plattform aufgezeigt werden, indem ihre Beiträge in den Entwicklungs- und Entscheidungsprozess der Projekte miteinfließen. Es besteht die Chance, dass auf diese Weise Bürger motiviert werden, eigene Ideen über MeinLB.de vorzuschlagen und zu entwickeln. Dieses Vorgehen würde demnach einer Förderung des bürgerschaftlichen Engagements durch anlassbezogene Top-Down-Beteiligung entsprechen.

Hierfür würden sich die geplante Umgestaltung des Bahnhofsumfelds oder des Arsenal-Platzes eignen. Die Bürger könnten in verschiedene Prozessabschnitte mittels MeinLB.de einbezogen werden. Durch Printmedien könnte eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit vor Ort stattfinden. Beispielsweise könnten am Bahnhof Banner und Plakate mit auffordernden Slogans ausgehängt werden. Ein zusätzlicher QR-Code auf den Aushängen könnte Interessierte direkt zu MeinLB.de führen.

Aktive Bewerbung von MeinLB.de

Geeignet wäre es, ein Konzept zur Öffentlichkeitsarbeit bzgl. MeinLB.de zu erstellen, sodass nicht nur konkrete Projekte, sondern die gesamte Plattform beworben werden. Nach Aussagen von Dr. Jutta Breitschwerd fand seit dem Stellenwechsel von Ines Beisenwenger keine aktive Bewerbung von MeinLB.de mehr statt.¹⁶² Dies stellt eine äußerst schlechte Voraussetzung für die Beteiligungsplattform dar. Es sollten zum einen ansprechende Printmedien zur Bewerbung entwickelt werden, aber auch

¹⁶² Vgl. Anlage 7, S. 8.

eine Kommunikation über die sozialen Medien, vor allem die Facebook-Seite Ludwigsburgs, stattfinden. So könnte zunächst eine Vorstellung von MeinLB.de erfolgen, bevor die Facebook-Leser durch interessante Projekte zu ihrer Beteiligung motiviert werden.

Auch der direkte Kontakt zu neu zu erschließenden Zielgruppen sollte nicht vernachlässigt werden. Die von Ines Beisenwenger entwickelten Ansätze, bisher unterrepräsentierte Bürgergruppen gezielt anzusprechen, sollten fortgesetzt werden.¹⁶³ Die Vorstellung von MeinLB.de an Schulen, bei Seniorentreffs oder gemeinsame Projekte mit Studenten könnten einen enormen Aufschwung an Beteiligung für die Plattform bedeuten. Hierzu sollte ein konkretes Vorgehen entwickelt werden, welches in einem Öffentlichkeitsarbeitskonzept festgeschrieben wird, um Verbindlichkeit vorzugeben und zu erreichende Ziele festzulegen.

Verknüpfung mit Präsenzveranstaltungen

Eine wichtige weitere Empfehlung stellt die Verknüpfung von MeinLB.de mit Präsenzveranstaltungen der Bürgerbeteiligung in Ludwigsburg dar. Hierbei ist besonders den Zukunftskonferenzen, von denen bereits die letzten beiden zur Vorstellung und Präsentation des Relaunches von MeinLB.de genutzt wurden, Beachtung zu schenken. Ein weiterer Schritt könnte sein, Ergebnisse der Zukunftskonferenzen auf MeinLB.de zu veröffentlichen, um so alle Teilnehmer auf MeinLB.de zu „locken“. Mit Hilfe eines Countdowns könnte zusätzlich auf den nächsten Termin für eine Zukunftskonferenz hingewiesen werden.

Auch zu anderen Beteiligungsveranstaltungen könnten Termine auf MeinLB.de veröffentlicht werden. Die Plattform könnte als Möglichkeit dienen, benötigtes Hintergrundwissen und weitere Informationen einfach und kostengünstig zur Verfügung zu stellen. Während der Veranstaltungen könnte auf MeinLB.de verwiesen werden, um die Plattform zu bewerben

¹⁶³ Anlage 6, S. 6 f.

und um die Teilnehmer auf die Möglichkeit hinzuweisen, auch nach der Veranstaltung über das behandelte Thema diskutieren zu können.

Inhaltliche Änderungen

Um Missverständnisse zu vermeiden und weiterhin Beiträge wie Mängel-meldungen oder ähnliches zu verhindern, sollte eine Beschreibung der beabsichtigten Ziele von MeinLB.de auf der Plattform veröffentlicht werden. Anbieten würde sich hierfür der Reiter „Mitmachen“ auf der Projekt-Seite.

Zusätzlich sollte bei den einzelnen Projekten jeweils der aktuelle Status des Projektes angezeigt werden. So kann auf den ersten Blick erkannt werden, ob es noch möglich ist, sich bei diesem Projekt einzubringen oder ob das Projekt bereits abgeschlossen ist und die Ergebnisse eingesehen werden können.

Des Weiteren könnten aktuelle Projekte direkt auf der Landing-Page beworben werden, um diese stärker durch Projekte zu charakterisieren. Die Projekte könnten mit Hilfe des Sliders in der oberen Hälfte der Seite vorgestellt werden.

Community Manager

Um genannte Veränderungen in Bezug auf Kommunikation, Aufbau und Umgang mit MeinLB.de realisieren zu können, ist es unumgänglich, als ersten Schritt eine Organisationsentwicklung durchzuführen. Zur Umsetzung der vielfältigen Aufgaben sowie zur strategischen Weiterentwicklung der Plattform bedarf es eines Community Managers, welcher seinen Sitz innerhalb der Stadtverwaltung Ludwigsburgs hat. Auf die Schwierigkeiten bzgl. eines externen Moderators wurde bereits in Kapitel 4.4 hingewiesen. Mit einem Community Manager innerhalb der Verwaltung könnten die Aufgaben der Koordination, Moderation und Öffentlichkeitsarbeit neu aufgesetzt und entwickelt werden. Die Seite würde ständig bearbeitet werden und könnte somit laufend aktuell gehalten werden. Der bedeutendste Vor-

teil eines internen Moderators ist es jedoch, dass dieser bei den Mitarbeitern der Fachbereiche bekannt ist, eine höhere Akzeptanz als gegenüber einem Externen vorherrscht und so schnellere Antworten und Reaktionen auf die Beiträge der Bürger möglich wären.

MeinLB.de – Beauftragte

Eine zusätzliche Möglichkeit, die Reaktionszeit der Verwaltung zu beschleunigen, wäre es, in jedem Fachbereich MeinLB.de-Beauftragte zu bestimmen. Diesen käme die Aufgabe zu, regelmäßig die Seite zu besuchen und zu überlegen, ob durch die eingestellten Projekte ihr Fachbereich betroffen wird. Falls dies der Fall ist, sollte der Beauftragte auf den für das Projekt zuständigen Fachbereichsmitarbeiter zugehen und diesen auf das Projekt aufmerksam machen. Zudem könnte eine regelmäßige Rückmeldung in Form von monatlichen Treffen zwischen dem Community Manager und allen MeinLB.de-Beauftragten stattfinden.

Da die Beauftragten in den Fachbereichen arbeiten, haben sie Kenntnisse über die Projekte und Zuständigkeiten ihrer Kollegen. Demzufolge würden die Beauftragten dazu beitragen, die Anfragen und Beiträge der Bürger direkt an die zuständigen Mitarbeiter weiterzuleiten. Zusätzlich würde MeinLB.de bei den Verwaltungsmitarbeitern bekannter werden. Dadurch wäre eine Akzeptanzsteigerung und Annahme der Plattform innerhalb der Verwaltung möglich. Die Suchzeit nach dem richtigen Ansprechpartner durch den Community Manager würde verringert werden und dieser könnte sich vermehrt seinen übrigen Funktionen widmen.

Organisatorische Einbindung von MeinLB.de

Bezüglich der organisatorischen Verankerung von MeinLB.de könnte überlegt werden, ob eine engere Verknüpfung der Plattform mit dem Referat Nachhaltige Stadtentwicklung sinnvoll wäre. Dies könnte die Verbindung von MeinLB.de mit Präsenzveranstaltungen der Bürgerbeteiligung und den Zukunftskonferenzen fördern. Das Referat stellt eine Quer-

schnittseinheit innerhalb der Stadtverwaltung dar und steht deshalb im Austausch mit allen Dezernaten und Fachbereichen. Dies wäre eine gute Voraussetzung, um MeinLB.de den einzelnen Fachbereichen näher zu bringen. Auch die Verbindung mit KSIS, dessen Betreuung im Referat angesiedelt ist, erscheint sinnvoll. Es sollte das Ziel der Nutzer von MeinLB.de sein, dass ihre Projekte in KSIS verortet und somit von der Stadtverwaltung verwirklicht werden.

Allerdings ist zu bedenken, dass eines der Hauptziele die Entwicklung bürgerschaftlichen Engagements darstellt und der Fachbereich 17 eine hohe inhaltliche Übereinstimmung mit MeinLB.de aufweist. Insgesamt sollte, bezogen auf MeinLB.de, eine hohe Abstimmung zwischen dem Referat Nachhaltige Stadtentwicklung und dem Fachbereich 17 stattfinden, da die Plattform beide Organisationseinheiten thematisch stark berührt.

6 Ausblick

Ziel dieser Arbeit war es, den Stellenwert von E-Partizipation im Kontext der Bürgerbeteiligung aufzuzeigen, Erfolgsfaktoren zur Umsetzung von E-Partizipationsverfahren darzulegen und Handlungsempfehlungen zur Optimierung der Beteiligungsplattform MeinLB.de zu entwickeln.

Die vorliegende Arbeit zeigt, vor welchen Herausforderungen und Schwierigkeiten die Bürgerbeteiligung steht. Besonders wichtig ist es, Bürgern auch bei komplexen Entscheidungsprozessen die Möglichkeit einer transparenten und nachvollziehbaren Beteiligung zu bieten. Zusätzlich sollte es gelingen, beteiligungsferne Zielgruppen zu erreichen sowie die Bürgerschaft in ihrer Gesamtheit zu vermehrter Teilnahme an Partizipationsangeboten zu motivieren. Da der Partizipation aufgrund des demografischen Wandels, der Politikverdrossenheit der Bürger sowie deren gestärkten Selbstbewusstseins eine zunehmend bedeutende Rolle im Beziehungsge-

flecht aus Bürgern, Verwaltung und Politik zukommt, ist es für Kommunen umso wichtiger neue attraktive Beteiligungsformen zu finden.

E-Partizipation nutzt die fortschreitende Digitalisierung unserer Gesellschaft und bietet den Bürgern die Möglichkeit, sich online zu beteiligen. Der E-Partizipation kommt eine bedeutende unterstützende Funktion der analogen Beteiligungsverfahren zu. Sie kann Teil einer crossmedialen Beteiligung sein und dadurch vor allem zu Transparenz, einer erleichterten Bereitstellung von Informationen und einer übersichtlichen Darstellung von Beteiligungsprozessen führen. Besonders die deliberative Form der E-Partizipation, bei der die Bürger als Berater von Politik und Verwaltung auftreten, ist vor dem Hintergrund der kommunalen Herausforderungen bedeutend.

Dennoch ist es auch der Online-Beteiligung nicht möglich, alle Herausforderungen und Schwierigkeiten der analogen Beteiligung zu lösen. Es gelingt auch mit E-Partizipationsverfahren nur teilweise, neue Bürgergruppen zu erschließen. Zudem kann der Dialog zwischen Verwaltung und Bürgerschaft durch die virtuelle Kommunikation erschwert werden. Auch eine Beschleunigung von Beteiligungsprozessen ist nur sehr eingeschränkt möglich, da trotz des dynamischen Mediums interne Abstimmungsprozesse nötig sind. In Bezug auf komplexe Prozesse und Zusammenhänge bietet die Online-Beteiligung die Möglichkeit viele und ausführliche Informationen schnell und leicht zugänglich zur Verfügung zu stellen. Dennoch ist zur Erklärung hoher Komplexität oftmals der direkte Kontakt zwischen Bürgern und Verwaltung von Vorteil.

Für die Umsetzung von Beteiligungsplattformen bilden sich vor allem eine hohe Qualität der Beiträge, eine starke quantitative Beteiligung der Bürger am Verfahren sowie das Erreichen eines möglichst vielfältigen und ausdifferenzierten Meinungsbildes als erfolgsversprechende Faktoren heraus. Hierfür sind eine Kombination mehrerer Beteiligungsinstrumente, die Verknüpfung von E-Partizipation mit Präsenzveranstaltungen der Bürgerbetei-

ligung und eine ausgeprägte Öffentlichkeitsarbeit notwendig. Daneben kommt der Usability der Plattform, einer klaren Kommunikation, einem geordneten und ressourcenintensiver interner Umgang sowie der Identifikation von Politik und Verwaltung mit der Plattform große Bedeutung zu.

Bezogen auf die Beteiligungsplattform MeinLB.de der Stadt Ludwigsburg entwickelten sich folgende Problemfelder heraus: Vor allem die schwierige Stellung der externen Moderation, die fehlende Identifikation der Verwaltung mit MeinLB.de sowie eine fehlende Öffentlichkeitsarbeit verhindern eine starke Annahme und aktive Beteiligung der Bürger Ludwigsburgs. Als wichtigste Handlungsempfehlungen wurden deshalb die Erstellung eines Öffentlichkeitsarbeitskonzeptes, die Einstellung eines Community Managers und das Benennen von MeinLB.de-Beauftragten innerhalb der Fachbereiche abgeleitet.

Insgesamt lässt sich sagen, dass die E-Partizipation keinen strukturellen Wandel der Beteiligungskultur darstellt, ihr jedoch eine enorme unterstützende Rolle der analogen Beteiligung zukommt. Für den Erfolg von Online-Partizipation sind aber eine ernsthafte und intensive Umsetzung der Verfahren notwendig. Wie sich die E-Partizipation entwickeln wird und ob in Zukunft vermehrt reine Online-Beteiligungsverfahren durchgeführt werden, ist stark abhängig von den künftigen Entwicklungen der Verfahren sowie möglichen technischen Neuerungen. Gewiss ist dagegen, dass sich das digitale Medium als Kommunikationsmittel weiterentwickeln und ausbreiten wird. Deshalb ist es für Kommunen mittel- und langfristig gesehen unumgänglich, neue Wege der Kommunikation und Interaktion mit der Bürgerschaft zu entwickeln und zu nutzen.

Literaturverzeichnis

Albrecht, Steffen: E-Partizipation in Deutschland. Stand und Perspektiven, in: Hatzelhoffer, Lena u.a. (Hrsg.): E-Government und Stadtentwicklung, Berlin, 2010, S. 49-60

Bertelsmann Stiftung/Bundesministerium des Innern/ u.a. (Hrsg.): Leitfaden Online-Konsultation. Praxisempfehlungen für die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger über das Internet, 2010

Braun, Stephan/Geisler, Alexander (Hrsg.): Die verstimmte Demokratie. Moderne Volksherrschaft zwischen Aufbruch und Frustration, Wiesbaden, 2012

Braun, Stephan/Geisler, Alexander: Die verstimmte Demokratie – Perspektiven auf gestern, heute und morgen, in: Braun, Stephan/Geisler, Alexander (Hrsg.): Die verstimmte Demokratie. Moderne Volksherrschaft zwischen Aufbruch und Frustration, Wiesbaden, 2012, S. 9-32

DialogGesellschaft (Hrsg.): Smarte Partizipation?! Warum es noch kein Erfolgsmodell für Beteiligung und Dialog gibt. Wie deutsche Politiker über frühe Öffentlichkeitsbeteiligung bei Bau- und Infrastrukturprojekten denken, Berlin, 2015

Eixelsberger, Wolfgang/Stember, Jürgen (Hrsg.): E-Government – Zwischen Partizipation und Kooperation, Wien, 2012

Eixelsberger, Wolfgang/Stember, Jürgen: eGovernment – zwischen Partizipation und Kooperation, in: Eixelsberger, Wolfgang/Stember, Jürgen (Hrsg.): E-Government – Zwischen Partizipation und Kooperation, Wien, 2012, S. 3-28

Gläser, Jochen/Laudel, Grit: Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen, 4. Aufl., Wiesbaden, 2010

Gräßer, Lars/Hagedorn, Friedrich (Hrsg.): Soziale und politische Teilhabe im Netz? E-Partizipation als Herausforderung, Marl, 2012

Hatzelhoffer, Lena u.a. (Hrsg.): E-Government und Stadtentwicklung, Berlin, 2010

Hennemann, Max/Wiegandt, Claus-C.: E-Partizipation in der Stadtplanung. Chancen und Grenzen der Bürgerbeteiligung im Informationszeitalter, in: Hatzelhoffer, Lena u.a. (Hrsg.): E-Government und Stadtentwicklung, Berlin, 2010, S. 99-113

Herzberg, Johann: Modulare E-Partizipation, in: Kommune21, 2015, 3/2015, S. 20-21

Hill, Hermann/Schliesky, Utz (Hrsg.): Die Neubestimmung der Privatheit, Baden-Baden, 2014

Hoffmann, Christian/Lutz, Christoph/Poell, Robin: DIVSI Studie. Beteiligung im Internet – Wer beteiligt sich wie? Formen, Vorteile und Hürden der Beteiligung im Internet aus Sicht der DIVSI Internet-Milieus, Hamburg, 2015

Kaiser, Robert: Qualitative Experteninterviews. Konzeptionelle Grundlagen und praktische Durchführung, Wiesbaden, 2014

Karmasin, Matthias/Ribing, Rainer: Die Gestaltung wissenschaftlicher Arbeiten, 8. Aufl., Wien, 2014

KGSt Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (Hrsg.): KGSt-Bericht 5/2013: Das kommunale Steuerungsmodell (KSM), Köln, 2013

Kirschen, Mareen: E-Partizipation in kommunalen Entscheidungen: Die Bereitstellung bedarfsgerechter Onlineinstrumente zur bürgerschaftlichen Beteiligung, Hamburg, 2014

Klages, Helmut/Vetter, Angelika: Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene. Perspektiven für eine systematische und verstetigte Gestaltung, Berlin, 2013

Kleger, Heinz: Bürgerbeteiligung zwischen Regierungskunst und Basisaktivierung: Ergebnisse eines Forschungsseminars, Norderstedt, 2015

König, Armin: Bürger und Demographie: partizipative Entwicklungsplanung für Gemeinden im demographischen Wandel; Potenziale lokaler Governancestrategien in komplexen kommunalen Veränderungsprozessen, Merzig, 2011

Kolleck, Alma: Bürgerbeteiligung online – gewusst wie! Ein neues politisches Instrumentarium will richtig genutzt sein (1), in: Publicus. Der Online-Spiegel für das Öffentliche Recht, 2015, 2015.3 (zit. 2015a), S. 18-20

Kolleck, Alma: Bürgerbeteiligung online – gewusst wie! Wichtige Vorfragen zur Gestaltung kommunaler Onlinebeteiligung (2), in: Publicus. Der Online-Spiegel für das Öffentliche Recht, 2015, 2015.4 (zit. 2015b), S. 7-9

Kolleck, Alma: Bürgerbeteiligung online – gewusst wie! Zwischen e-Partizipation und e-Government: Chancen und Grenzen (3), in: Publicus. Der Online-Spiegel für das Öffentliche Recht, 2015, 2015.5 (zit. 2015c), S. 10-12

Kubicek, Herbert: Staatliche Beteiligungsangebote im Internet – Ein Überblick, in: Voss, Kathrin (Hrsg.): Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet, Wiesbaden, 2014, S. 265-298

Leonhard, Seraphine: Bürgerbeteiligung in der kommunalen Stadtplanung. Eine kritische Betrachtung partizipativer Möglichkeiten am Beispiel Mediaspree, Hamburg, 2013

Märker, Oliver: E-Partizipation: Die Bürger als Berater, in: Grünewald, Robert (Hrsg.): Kommunikationsberatung als Politikberatung, Münster, 2015, Band 2, S. 31-43

Martini, Mario: Vom heimischen Sofa in die digitale Agora: E-Partizipation als Instrument einer lebendigen Demokratie? in: Hill, Hermann/Schliesky, Utz (Hrsg.): Die Neubestimmung der Privatheit, Baden-Baden, 2014, S. 193-248

Mauch, Siegfried: Bürgerbeteiligung. Führen und Steuern von Beteiligungsprozessen, Stuttgart, 2014

Nanz, Patrizia/Fritzsche, Miriam: Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen, Bonn, 2012

ORBIT e. V. – Organisationsberatungsinstitut Thüringen (Hrsg.): Kommunale Bürger/innenbeteiligung. Abschlussbericht, Jena, 2015

Renkamp, Anna: Vom Besserwissen zum Bessermachen – wie Infrastruktur-beteiligung gelingt, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Einwurf. Zukunft der Demokratie 1/2015, Gütersloh, 2015, S. 2-8

Schulze-Wolf, Tilmann: Internetgestützte Beteiligung in formellen Beteiligungsverfahren, in: Hatzelhoffer, Lena u.a. (Hrsg.): E-Government und Stadtentwicklung, Berlin, 2010, S. 61-73

Spec, Werner/Geiger, Albert/Kurt, Martin: Es geht ums Ganze: „Chancen für Ludwigsburg“ – das Stadtentwicklungskonzept, in: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (Hrsg.): Integrierte Stadtentwicklung – politische Forderung und Praxis, Heft 4.2010, S. 263-275

Vehrkamp, Robert/Hierlemann, Dominik/Wohlfahrt, Anna (Hrsg.: Bertelsmann Stiftung): Politik beleben, Bürger beteiligen. Charakteristika neuer Beteiligungsmodelle, Gütersloh, 2010

Vetter, Angelika (Hrsg.): Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung, 1. Aufl., Wiesbaden, 2008

Vetter, Angelika: Institutionen und lokale Wahlen: Wo bleiben die Wähler?, in: Vetter, Angelika (Hrsg.): Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung, 1. Aufl., Wiesbaden, 2008 (zit. 2008a), S. 49-72

Vetter, Angelika: Lokale Bürgerbeteiligung: Ein wichtiges Thema mit offenen Fragen, in: Vetter, Angelika (Hrsg.): Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung, 1. Aufl., Wiesbaden, 2008 (zit. 2008b), S. 9-28

Voss, Kathrin (Hrsg.): Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet, Wiesbaden, 2014

Voss, Kathrin: Internet & Partizipation – Einleitung, in: Voss, Kathrin (Hrsg.): Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet, Wiesbaden, 2014, S.9-24

Vowe, Gerhard: Digital Citizens und Schweigende Mehrheit: Wie verändert sich die politische Beteiligung der Bürger durch das Internet? Ergebnisse einer kommunikationswissenschaftlichen Langzeitstudie, in: Voss, Kathrin (Hrsg.): Internet und Partizipation. Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet, Wiesbaden, 2014, S.25-52

Walz, Susanne u.a.: Handbuch zur Partizipation, Berlin, 2011

Weiß, Jens: Wer rettet die Demokratie vor der E-Partizipation?. Drei Fragen an elektronische Partizipationsverfahren, in: Verwaltung & Management. Zeitschrift für moderne Verwaltung, 6/2013, S. 283-288

Erklärung

Ich versichere, dass ich diese Bachelorarbeit selbständig und nur unter Verwendung der angegebenen Quellen und Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus anderen Quellen direkt oder indirekt übernommenen Daten und Konzepte sind unter Angabe der Quelle gekennzeichnet.

Ludwigsburg, den 14. September 2016

Anna Degen